

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Preis pro Jahr monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Halle, Verdenstedtstraße 14.

Abbestellungspreis: 13 Pfennig für den Vierteljahr 55 Hfr. und Später: 70 Pfennig für Restlose im Vierteljahr. Manuskripte zu richten nach Halle Verdenstedtstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegramm-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postkonten: Leipzig 1065 48 Reichs-Mark, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 31. Januar 1927

7. Jahrgang * Nr. 26

Der Bürgerblut in Thüringen geschlagen!

Die Landtagswahlen in Thüringen: Kampfanlage der Werktätigen an die Bürgerblutregierung — KPD.-Stimmenzahl übertrifft Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924

Die Ergebnisse der Thüringer Landtagswahl

	KPD.	SPD.	Ordnungs- blut	Böckische	Demokraten	Wirtschafts- partei	K. u. F.
Landtagswahl Februar 1924	162 114	203 308	420 832	81 766	—	—	—
Reichstagswahl 4. Mai 1924	127 544	198 844	360 221	84 364	35 686	—	—
Reichstagswahl 7. Dezember 1924	107 803	205 364	377 825	44 556	43 118	—	—
Stadt- u. Kreisratswahlen 22. Feb. 1925	89 912	223 057	386 766	68 073	18 017	—	—
Reichspräsidentenwahl 29. März 1925	76 206	224 125	498 208	—	30 156	—	—
Landtagswahlen 30. Januar 1927	113 407	262 827	270 625	39 055*	26 531**	75 500	3 874***

* Böckische und Nationalsozialisten. ** Später eingetroffen. *** Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, Gruppe Geth. (Eig. Drahtm.) Jena, 31. Januar.

Das WTB schreibt zu dem Stimmenergebnis von gestern: Danach würden sich die Mandate in folgender Weise verteilen:

- Einheitsliste 19,
 - Sozialdemokraten 18,
 - Kommunisten 8,
 - Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 0,
 - Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2,
 - Deutschnationale wahlrechtlich 1 (jedoch noch unsicher),
 - Demokraten 2
 - Wirtschaftspartei 5.
- Somit ergeben sich daraus 56 Sitze.

Die Wahlbeteiligung hielt sich zwischen 68 und 83 Prozent. Der Ausgang der Wahl beweist, daß der Ordnungsbund in Thüringen die Mehrheit, die er im Februar 1925 dank der Dittatur der Reichswehrgeneralen erhalten hat, vollkommen verloren hat. Der Ordnungsbund in Thüringen ist auf der ganzen Linie geslagen und seine Regierung ist auf Grund des Wahlergebnisses gezwungen, zurückzutreten. Die Wahl in Thüringen zeichnet sich aus insbesondere durch die Massenwanderung des bäuerlichen Kleinbürgerums und der Kleinbauernschaft von den alten bürgerlichen Parteien. Die Böckischen sind in dem Wahlkampf vollständig geslagen worden. Die Demokraten haben dank der Rülz- und Gelehr-Politik ihrer Partei ebenfalls eine vernichtende Niederlage erlitten. Es zeigt sich, daß die gesamte bürgerliche Front infolge der Schwächung des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft ins Wanken geraten ist. In der gegenwärtigen durch die Wahl geschaffenen parlamentarischen Lage besteht die Gefahr, daß die SPD auf eine Koalition mit der Regierung in Thüringen hinführt. Die SPD hat bereits während des Wahlkampfes alle politischen Forderungen in den Hintergrund gestellt, hat öffentlich Buße getan für die Teilnahme an der Fürtzenenteignungskampagne und hat überall dort, wo unsere Genossen die Frage der Koalitionspolitik aufwarfen, die Koalitionspolitik verteidigt. Es ist nach den Äußerungen mehrgedachter Thüringer SPD-Führer zu erwarten, daß die SPD, nunmehr an die bürgerlichen Parteien bis zum Landbund herantritt und darauf hinarbeitet, daß eine Koalitionsregierung gebildet wird.

Die SPD wird versuchen, aus den Thüringer Landtagswahlen für sich einen großen Sieg zu konstatieren. Sie wird das tun, indem sie die Landtagswahlen vom Februar 1924 zu Hilfe nimmt, wo die SPD bis jetzt eine noch nie erlittene Niederlage zu verzeichnen hatte, die Kommunisten dagegen den besten Ausgang, der je festgestellt worden ist. Die wirklichen Vergleichsmomente liegen bei der Wahl vom 7. Dezember 1924. Die kommunistische Partei hat 6000 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember gewonnen, die Sozialdemokratische Partei 12 000 Stimmen. Das ist prozentual gesehen ein gleichstarker Gewinn, da die SPD, als Partei doppelt so stark ist wie die SPD. Das, was bereits die bäuerlichen und die bäuerlichen Wähler erheut haben, wiederholt sich in Thüringen: Die kommunistische Partei hat ihre Positionen über den 7. Dezember hinaus erweitert und nähert sich den Resultaten der Reichstagswahlen vom 4. Mai, die den Kommunisten 62 Reichstagsmandate brachte. Der Rückgang der Zahl der kommunistischen Mandate im Thüringer Landtag von 2 auf 8 erklärt sich aus dem vorhin angeführten Grund,

weiter aus der verringerten Abgeordnetenzahl (72 auf 56) und zuletzt aus der Wahlbeteiligung, die im Vergleich zum Februar 1924 um 10 Prozent geringer geworden ist.

Die kommunistische Partei hat den Wahlkampf in Thüringen grundrichtig geführt und als ihre Forderungen die allgemeinen Tagesforderungen der Arbeiterklasse und des werktätigen Mittelstandes in den Vordergrund gestellt. Sie macht jetzt die gesamte Thüringer Arbeiterklasse und werktätige Bevölkerung darauf aufmerksam, daß die Koalitionspolitik der SPD-Führer nur geeignet ist ein fann, den alten Ordnungsbund in geänderter Form

wieder aufleben zu lassen und damit auch den Bürgerblut im Reiche zu stärken und zu unterstützen. Die kommunistische Partei fordert in Thüringen auf, die Front aller Werktätigen aufzurichten gegen die Koalitionspolitik der SPD-Führer und die breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung zusammenzufassen auf der Grundlage der Forderungen, die von der kommunistischen Partei im Wahlkampf erhoben worden sind.

KPD. demonstriert gegen Bürgerblut

(Eig. Drahtm.) Berlin, 31. Januar.

Die gefröhe Massendemonstration im „Luisenpark“, zu der die KPD, der Reichsausschuß der Werktätigen, der Rote Frontkämpferbund, der KZMB, und der KZVD aufgerufen hatten, war eine Kampfdemonstration gegen den Bürgerblut und seine sozialdemokratischen Wegbereiter. Die Demonstration war erfüllt von glühendem Kampfesgeist. Die Redner wurden immer wieder von stürmischer Zustimmung unterbrochen, vor allem, als sie die verheerende Rolle der sozialdemokratischen Führer brandmarkten. Der sozialdemokratische Reichspräsident Jürgelmeier zeigte sich am gestrigen Tage als eifriger Helfer des Bürgerbluts. Er gab ausgebreitet propagatorische Anweisungen, die die größte Empörung bei allen Arbeitern auslöste. Auf Anweisung Jürgelmeiers wurden in propagatorischer Absicht zahlreiche Plakate beschlagnahmt und Verhaftungen vorgenommen. Es wurden u. a., um nur einige Beispiele herauszunehmen, Plakate mit folgenden Aufschriften beschlagnahmt: „Das Gespenst des Krieges geht um!“ „Wieder mit Marx und Hindenburg!“ „Wieder mit Schand und Schmutz!“

Geburtswehen des Bürgerbluts

Schiebungen und kein Ende — Krach um Graef

Die Ministerliste ist nicht vollständig. Die Reichsminister des Innern und der Justiz wurden nicht ernannt. Was ist geschehen? Die deutschnationale Fraktion hat auf Grund einer geheimen Zettelwahl den böckisch-deutschnationalen Graef als Justizminister kandidiert. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum wollten auf die Ernennung des offen sozialistischen Justizministers nicht eingehen. Sie waren der Ansicht, daß diese allzu plumpe Enttarnung der reaktionären Pläne des Bürgerbluts ihren wahren Zielen nicht dienen würden.

Darauf langandauernde Verhandlungen über eine neue Schiebungen. Nach dem Vorstoß des sogenannten gemäßigten Flügels der Deutschnationalen sollte der deutschnationale Abgeordnete Gindwein erst als Innenminister und Herzog Justizminister werden. Gindwein ist ein Verbindungsmitglied zum Stahlhelm und der Vertrauensmann des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Daraufhin unternahm der Stahlhelm, Stresemann und der Reichsbannerkamerad Graef einen gemeinsamen Versuch, Graef zu flügeln und Gindwein in das Kabinett zu bringen. Graef sollte freiwillig verzichten.

Aber Graef verzichtet nicht. Denn Graef ist ein Unentwegter. Weitzel unterließ Graef und damit ist die Krise im Bürgerblut entstanden. Wie der „Montag am Morgen“ meldet, hat der sozialistische Flügel der Deutschnationalen Volkspartei auf den Kauschmitt von Graef mit der größten Empörung reagiert. Die „Deutsche Zeitung“, die wöchentlich geprüfte Tageszeitung der Deutschnationalen, erklärt, daß nach diesen Vorläufen eine Koalition mit Marx eine Unmöglichkeit ist. Trotzdem werden die deutschnationalen Parlamentarier ihren Einfluß auf der Fraktionsitzung, die Montag stattfindet, geltend machen und hoffen, den Widerstand des völkischen Flügels zu bewingeln.

Es geht also drunter und drüber in dem Bürgerblut. Kaum hat der Versuch, die Einigung der Reaktion herbeizuführen, zum Erfolg geführt, tauchen schon die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Gruppen und Fraktionen mit doppelter Wucht hervor. Es wäre aber verhängnisvoll, auf diese Gegensätze zu verfallen und von den Gegensätzen innerhalb der Bourgeoisie das Schicksal des Bürgerbluts zu erwarten. Das ist die Politik der SPD. Die SPD-Führung verhindert jede Aktion der Sozialdemokratischen Partei. Solange aber die außerparlamentarische Massenaktion nicht zum treibenden Motor der gesamten Politik gemacht wird, wird der Bürgerblut auch nicht weggeführt werden.

Der Bürgerblut, der in Thüringen der Bevölkerung auf einer Einheitsliste präsentiert wurde, hat die erste Probe bestanden. Das

Ereignis war eine klägliche Niederlage der neuen Regierungspartei des Reiches. Die Träger des Bürgerbluts, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben die besten Verluste zu verzeichnen. Im Reichsoberhaupt wurde das Urteil zweifellos in noch härterer Weise gegen den Bürgerblut ausfallen. Diese Regierung müßte, wenn noch eine Spur der bürgerlichen Demokratie in Deutschland vorhanden wäre, abdanken, bevor sie angefangen hat, zu antieren.

Die arbeitenden Massen müssen aber aus den Thüringer Wahlen die Lehre ziehen, daß die Agitation für die Neuwahlen nun für die Aufhebung des Reichstages mit veränderter Kraft fortgesetzt werden muß. Sicher werden innerhalb des kapitalistischen Systems nicht die Wahlen den Ausgang des Klassenkampfes entscheiden; aber eine Niederlage der Bourgeoisie erhöht das Ansehen der führenden Parteien der Reaktion und erlaubt ihnen nicht, ihre Kräfte gegen die Arbeiterklasse so zu konzentrieren, wie dies möglich ist, wenn sie sich sichtbar auf eine parlamentarische Mehrheit berufen können. Deshalb ergeht an die arbeitenden Massen immer wieder der Ruf:

Auflösung des Reichstages, Neuwahlen!
Wie lange werden wir diese Dohlung wiederholen? So lange, bis sie nicht in die Tat umgesetzt wird!

Die schon ihren Kösten haben

Berlin, 29. Januar.

Künftig wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichsanwalt Dr. Marx in seinem Amte als Reichsanwalt bestätigt, auf dessen Vorstoß den Reichsminister des Innern Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichswehrminister Dr. Geßler sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den bayerischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, M. d. R., zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Reichsminister Dr. Koch, M. d. R., zum Reichsminister für den Reichsminister Dr. Schäff zum Reichsminister ernannt. Mit der Wahrung der Geschäfts des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Herr Reichspräsident den Reichsanwalt Dr. Marx beauftragt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Innern hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montag abend ausgelegt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Geheimbericht des englischen Generalrats

Der Kongress des Exekutivkomitees sämtlicher englischer Gewerkschaften — Das Eingekleidete der reformistischen Sabotage bei Generalstreik und Bergarbeiterkampf — 1,1 Millionen Stimmen gegen den Generalrat

Die außerordentliche Konferenz des Exekutivkomitees sämtlicher englischer Gewerkschaften hat nach einer äußerst lebhaften dreitägigen Debatte den Bericht des Generalrats über seine Tätigkeit während des Generalstreiks und des Bergarbeiterkampfes mit 2840 000 gegen 1 095 000 Stimmen angenommen.

Nach der am Vormittag endlich erfolgten Bekanntgabe des bisher geheimgehaltenen Berichtes des Generalrats wurde am Nachmittag die Stellungnahme der Bergarbeiter von dem Vorsitzenden der englischen Bergarbeiterföderation, S. M. I. J., zum Ausdruck gebracht.

Die Sanktionsentscheidung seiner Rede gegen den Generalrat waren: 1. daß der Generalrat bei verschiedenen Gelegenheiten über den Kopf der Bergarbeiter hinweg gehandelt habe; 2. daß der Abruch des Generalstreiks erfolgt sei, ohne daß der Generalrat eine Sicherung hinsichtlich der Durchführung des sogenannten Sammellosen Manifestes gesucht habe; 3. daß beim Abruch des Generalstreiks von dem Generalrat der Generalstreik nichts unterhandelt worden sei, um die Maßregeln der Arbeiter zu verhindern.

S. M. I. J. schloß mit der Feststellung, daß er als Führer der Bergarbeiter unter allen Umständen wie in den vergangenen acht Monaten genau so handeln möchte wie im nächsten Jahr.

Der Führer des Eisenbahnerverbandes, Thomas, übernahm die Verteidigung des Generalrats. Er begnügte sich mit einer wütenden Heiße gegen Cool. Darauf sprach Cool, um noch einmal

die verärgerte Rolle des Generalrats

zu brandmarken. Nach der Diskussion, die einen fünfminütigen Verlauf nahm, beantragte Cool, eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Gewerkschaften über den Bericht des Generalrats durchzuführen. Diese wurde abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung über die vom Generalrat vorgesehene Resolution ist symptomatisch. Die außerordentlich große Mehrheit, die gegen den Generalrat gestimmt hat, ist ein untrügliches Zeichen für das rasche Anwachsen der Opposition gegen die verärgerte Arbeitsgemeinschaft der reformistischen Gewerkschaften — um so mehr, als nur die Vorläufer der verschiedenen Gewerkschaften abstimmten und dabei das gesamte Gewicht ihrer Mitglieder in die Waagschale werfen konnten, so daß die Abstimmung keineswegs als ein trüges Spielbühnen der Stimmung der englischen Arbeiter gelten kann.

Der Geheimbericht des Generalrats, der jetzt im Vorkauf vorliegt, beginnt mit einem bescheidenen Eingangsabschnitt, den Generalrat, so heißt es dort, „hat niemals direkt in aktiver Verbindung mit dem Vergewaltigungskomitee, Vergewaltigung und in den weiteren Darlegungen irgendeine Klarstellung über die Aufgaben des Generalrats und die verschiedenen Funktionen von Thomas“ und des berühmten „Verhaltenskodex“ suchen. Immerhin geht aus dem Bericht klar hervor, daß der Generalrat und insbesondere sein Vermittlungskomitee immer

ein Instrument in den Händen der Regierung

gewesen ist, um die Bergarbeiter hinter sich zu führen. Insbesondere, wenn es galt, irgendeine sonstige Stellung zu nehmen, lieferte sich der Generalrat auf die Seite der Regierung und akzeptierte deren Erklärungen wie Staatsbenediktine, während er die Erklärungen der Bergarbeiter in Zweifel zog und Mißverständnisse zwischen den Bergarbeitern und der Regierung in einem Konferenzen mit dem Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes am 22. Oktober die Frage der Wiederannahme der Verhandlungen mit der Regierung in die Debatte, in einem Augenblick, als die Verhandlungen der Sanktionskommission in ihrer und der Erhebung eines allgemeinen Unruhmittelkampfes von Seiten sämtlicher Gewerkschaften forderten. Aus dem vorliegenden Bericht ergibt sich klar, daß der Generalrat mehr an einer Verdrängung der Verhandlungen interessiert war. Darum erkannte er über den Kopf des Bergarbeiterverbandes hinweg und unter dem fadenheiligen Vorwand, daß diese Frage auf der Konferenz vom 22. Oktober zur Debatte stand, von sich aus ein Vermittlungskomitee, das sich sofort mit Baldwin und der Regierung in Verbindung setzte.

Selbst das Vermittlungskomitee offen

die Rolle eines von der Regierung vorgeschobenen Emissärs

gepielt. Der Bericht sagt darüber wörtlich: „Das Komitee hat (der Regierung) in ganz offener Weise mitgeteilt, daß es nicht beabsichtigt ist, im Rahmen der Verhandlungen der Sanktionskommission zu werden müßten, um die beiden Parteien zu Verhandlungen zusammenzuführen, mit dem Ziel, eine Beendigung des Konflikts herbeizuführen.“

In seinen Verhandlungen mit Churchill verlor das Vermittlungskomitee ganz eindeutig die Bergarbeiter, hinter sich. Es hat die demütigsten Erklärung abgegeben, daß der Bergarbeiterverband bereit sei, auf der Grundlage von Verzichtsformeln zu verhandeln. In Wirklichkeit hatte die Exekutive des Bergarbeiterverbandes keine Absicht, in dieser Angelegenheit dazu, sondern vielmehr eine Delegiertenkonferenz einzuberufen, die genaue Stellung nehmen und beschließen sollte.

Schließlich verzichtete sich das Vermittlungskomitee so sehr das Vertrauen der Bergarbeiter, daß die Exekutive des Bergarbeiterverbandes es ablehnte, weiter mit ihm zu verhandeln. Dieses Mißtrauen erwiderte sich als durchaus gerechtfertigt. Als in den letzten Tagen vor Abruch des Bergarbeiterkampfes das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes mit der Regierung verhandelte und es ablehnte, in der Arbeitseinstellung nachzugeben, ließ Baldwin durch einen seiner Sekretäre das Vermittlungskomitee, das in einem bescheidenen Räume auf

Die Beschiebung seines Herrn und Meisters Baldwin

wartete, hereinholen, damit es die Bergarbeiterexekutive zur Nachgiebigkeit veranlasse. Der Bericht sagt das nicht ganz offen, aber es geht unmittelbar aus ihm hervor. Jeder Satz des Berichtes spiegelt die offene Parteilichkeit des Generalrats gegen die Bergarbeiter wider. So protestiert er heftig gegen Cool's Beschlüsse „die neun Tage“, aber er hat sein Wort der Mißbilligung gegenüber Thomas und Bromley, die durch ihre Erklärungen und Aktionen den Sanktionskommissionen und der Regierung wertvolle Waffen geliefert haben. Was die den Bergarbeitern gezeigten Unterstützung betrifft, so spricht der Bericht der American International und den des Generalrats aus für die Zuwendung von 62 888 Pfund, aber erwähnt mit keinem Wort die Hilfsaktion der Gewerkschaften der Communisten, die mehr als eine Million Pfund erbrachte hat.

Der Bericht zeigt alles offen — alles offen — alles offen — immer wieder, daß sich während des Generalstreiks und des Bergarbeiterkampfes an die Spitze der Bewegung zu stellen, daß er die Aktion zugunsten der Transportarbeiter und der Fischdecksarbeiter erwidert hat und offen für den Plan der Sanktionskommission, die Macht des Bergarbeiterverbandes durch Verzichtleistungen zu brechen, für eine Abkündigung der Döhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten ist. Außer wegen Resolutionen hat er nichts Konkretes getan, um die Sammlung von Hilfsgeldern zur Unterstützung der Bergarbeiter zu organisieren.

Steigender Protest gegen die Verbandsauschlüsse

Die in letzter Zeit vor sich gehenden Verbandsauschlüsse nicht nur von Kommunisten, sondern auch von Sozialdemokraten durch die Verbandsleitungen im Bergarbeiterkampf, im Eisenbahnerkampf und anderen Verbänden stoßen auf einen immer härter werdenden Widerspruch in den Reihen der Verbandsmitglieder.

Ganz deutlich zeigt sich dies an dem Widerstand der Mitglieder im Bergarbeiterverband, der durch das unerhörte Vorgehen des Bundessekretärs in der Zehnjährigen Vorstandssitzung ausgelöst wurde. Auf der am 8. d. M. stattgefundenen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes, Jährlicher Bericht über die verschiedenen handlungsbedingenden Ausschlußmaßnahmen des Bundessekretärs Stellung genommen. Der anwesende Generalsekretär verleiht sich die Möglichkeit, sich zu verteidigen, so daß gegen die parteiische Tätigkeit des Sekretärs die Beschlüsse der Versammlung angenommen wurden.

Die Mitglieder protestieren gegen die in letzter Zeit wirksamlich erfolgten Ausschüsse und fordern, daß die in Dortmund ausgeschlossenen Kollegen sofort wieder in den Bund aufgenommen werden. Die Mitglieder sehen in den Ausschüssen eine Entfremdung der Versammlung, die Beschlüsse der Versammlung von kommenden Lohnfakten. Die Versammlung verzichtet auf den Ausschluß des Kollegen Bishoff, der den Mat hatte, die Bishoff über Soviet-Rußland zu berichten.

Die Zehnjährige fordert vom Zweigvereinsvorsitzenden, bei der Besetzung und beim Bundesvorsitzenden zu protestieren gegen die verabschiedeten Ausschüsse.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieses Beispiel des Widerstandes gegen die Verbandsauschlüsse auch bei den Mitgliedern

Glänzender Sieg der Opposition im Fabrikarbeiterverband Halle

Kampfsieger an das Chemiekapital — Es geht überal vorwärts

In der gestern im „Volksparl“ stattgefundenen Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zehnjährige Halle, wurden bei der Wahl des 3. Bezirksführers insgesamt 147 Stimmen abgegeben. Dabei erfolgte die Kollektion der Opposition mit 112 Stimmen und der der Reformisten 35. Als Rezipienten wurden mit ungefähr gleichem Stimmenverhältnis vier Kollegen der Opposition gewählt. Im Bereiche waren für die Opposition 62 und für die Reformisten 37 Stimmen abgegeben worden; trotzdem hatten die Reformisten es verstanden, sich den Vorstand zu sichern.

Das diesjährige Ergebnis ist besonders bemerkenswert, weil die Reformisten alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, um die Opposition eine Niederlage zu bereiten. Das Anwachsen der Stimmen der Opposition beweist, daß sie es versteht, jede praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten und daß die Fabrikarbeiter im Begriffe sind, sich wieder gegen das Chemiekapital zu wenden, das die Lasten wieder ausgedrückt durch einen einstimmig angenommenen Antrag der Opposition, der eine Lohnsteigerung von 30 Prozent fordert.

Im Vordrängungs- und Gesamtarbeiter-Verband, der ebenfalls gestern seine Generalversammlung hatte, wurde nach heftigem Kampf ein oppositioneller Vorstand gewählt. Trotz aller Anstrengungen der Reformisten ist es ihnen auch hier nicht gelungen, die alte oppositionelle Mehrheit zu bewahren.

In Buchhändler-Verband, Zehnjährige Halle, konnte am Samstag die Opposition ihren alten Einfluß befestigen. Dank der guten praktischen Gewerkschaftsarbeit der Opposition wurden sechs SPD-Genossen und ein Parteiführer in den Vorstand gewählt.

Es geht vorwärts, trotz aller Sabotageakte und Ausschüsse gegen die Opposition! Es geht vorwärts, weil jeder Kollege fühlt und erkennt, daß nur die Opposition genügt ist, um den Kampf um Lohnsteigerung und Lohnhöhe zum Kampf um diese dringenden Forderungen überzuführen.

anderer Ortsgruppen im Baugewerksverband und darüber hinaus in allen anderen Verbänden Schule machen wird, wo statt eines gemeinsamen Kampfes gegen das Unternehmertum von der Parteibondbestimmungen die Schmäzung des Verbandes durch Ausschüsse als wichtigste Aufgabe angesehen wird. Mit allen Mitteln ist es, gegen diese verabschiedete Treiben die Mitglieder zu mobilisieren und sich den von uns mitgeteilten erfolgreichen Widerstand zum Beispiel zu nehmen.

Sonderbare Methoden im Fabrikarbeiter-Verband Zahlkeule Meerburg

In der am 23. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes waren von 29 gewählten und zum Teil von Geschäftsführer bestimmten Delegierten nur 21 erschienen. 14 Tage vor der Generalversammlung fand in einer Mitgliedserversammlung die Wahl der Delegierten statt und es war der Opposition gelungen, alle zehn Delegierten von ihrer Seite durchzuführen. Es kamen noch einige Delegierte aus den Zehnjährigen der Umgebung hinzu, so daß auf Grund dessen, daß acht Parteifreunde des Geschäftsführers Lange nicht erschienen waren, die Opposition fasthändig die Mehrheit in der Versammlung hatte. Lange ließ seine Helle davonstimmen und verhielt sich nun mit allen Mitteln, die Opposition niederzurufen — es gelang ihm auch!

Generalversammlungen der Gewerkschaften

Montag 31. Januar Halle: **Beleibungsarbeiter-Verband** abends 4 1/2 Uhr im „Volksparl“, Burgstraße. **Bereit die Mitgliedsbücher nicht!**

Sieg der Opposition im Fabrikarbeiter-Verband Bitterfeld

Am Gegensatz zu anderen Versammlungen, was die Generalversammlung einen Besuch auf, der Klar erblicken ließ, daß die Kollegen die Bedeutung der Tagesordnung begriffen haben.

Der Kollege Vornmann gab bei der Eröffnung der Versammlung bekannt, daß nur diejenigen im Wahlrecht hätten, die ihre Beiträge bezahlt hätten. Er trieb eine Tagesordnung vor, die durch den Kollegen Weisse im Bericht auf, daß es für diejenigen Mitglieder, die gebührend durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht in der Lage waren, alle Ertragsanteile zu bezahlen, eine Härte ist, die nicht zum Zusammenhang mit dem Rechten der Mitglieder zu bringen. Ein einflussreicher Antrag wurde dann aus großer Mehrheit angenommen. Den Reffen- und Jahresbericht erstattete Kollege Vogler, leider so, daß er von den Kollegen, die täglich im Betriebe stehen, nicht zugetragen werden konnte, als es im Interesse der besten Orientierung notwendig gewesen wäre. Im Bericht über Lohnsteigerungen freizeite er schon ganz richtig einige Mängel, warum dieselben nicht besser vorwärts getrieben werden konnten, aber er verzögert dabei die Ursachen dieser Mängel aufzuzeichnen. Waren es nicht gerade die Spekulanten der Gewerkschaften, die in geschlossenen Kreisen mit den Führern der SPD, jeden geschlossenen Kampf der Arbeiter abtrotzen? Wir haben die Führung den Kampf der Arbeiter nicht hat zu geben, sondern dem Kampf, um die Arbeit und das Kapital nach Ausrunder vertreiben.

Kollege Weisse gab zu verstehen, daß es die Aufgabe der

Er einzig einfach der Delegierten von uns das Mandat, weil die — Ertragsanteile nicht geföhren, er nahm auch keine Rücksicht auf einen Kollegen, der drei Jahre arbeitlos und zuletzt ausgezehrt war. Er entwarf hier sehr brutales Reformprogramm.

sein großer Geschäftsbericht war nicht mehr und nicht weniger als eine Verleumdung seiner reformistischen Politik. So behauptete er einmal, daß die Arbeiter selbst an den bestehenden Verhältnissen Schuld seien und dann wachte er die Kapitalisten für den Niedergang der Gewerkschaften verantwortlich.

Über die Schicht, die zwischen Arbeit und Kapital liegt, nämlich von der veräußerlichten reformistischen Führerschaft, die an den tatsächlichen Verhältnissen die Hauptschuld trägt (D. S.), sprach er nicht natürlich lobend aus, weil er dazu gehört. Deren verordnete er auch die Nationalisierung und brachte u. a. einiges über die Tarifbindung in der Chemie. Hierzu vertrat er, getreu der Parole seiner höheren Vorgesetzten, den Standpunkt, das man abwarten müsse, was für Taktik die anderen Sektionen der Chemie beabsichtigen, wenn die Sektion ab habe noch 2 Prozent mehr Lohn als die übrigen Sektionen. Dann folgte der Kollegebericht, der eine Aufschulung von der Hauptstufe von über 2000 Mat aufwies.

In der Diskussion sprach als erster unser Genosse Süßner, der im letzten Wähler die einzige Stimme seines Mannes widerlegte und die Tätigkeit der Verwaltung in Bezug auf die Leistungen und Agitation bemängelte und kritisierte. Die Reformisten hätten keine bessere sein, wenn von Seiten der Verwaltung mehr Wert auf Agitation gelegt würde. Er stellte dann die Kritik der Kollegen in den Reihen der Arbeiter vor, die im letzten Jahr ein Verhältnis von 1 zu 2 zu Gunsten der Reformisten sei. Genosse Voltrich hatte während der Verhandlungen die Reformisten in Bezug auf die Verhältnisfrage in Bezug auf die Verhältnisfrage im Laufe der Zeit abgelehnt. Das bezieht sich auf die Frage der Tarifbindung, die er auf und betont, daß die übrigen Gewerkschaften sich für die Kündigung einsetzten, während der Fabrikarbeiterverband dieselbe ablehnte. Das bezieht sich auf die Frage der Tarifbindung, die er auf Verantwortung zu geben. Der Vermittlungskomitee die Schuld an einer Handbewegung über den obigen Antrag hinweg und greift Lange zum zweiten Punkt „Organisatorische“ das Wort. Noch während seiner Rede meidet sich Süßner zu Wort. Am Schluß seiner Ausführungen erklärt der Vermittlungskomitee: „Wer noch etwas zu sagen hat, kann das am Schluß tun. Kollege Lange hat zum dritten Punkt, „Ereignisse“, das Wort!“

Lange bringt dann seinen Verwaltungsvorschlag, Gen. O. Dreizehn den Vorschlag der Opposition. Süßner meidet sich zum Wort, um Stellung zu den Reden seiner Kollegen zu nehmen, erklärt es aber einfach nicht wiederzugeben, sondern sagt nur, er habe einen Bericht für den Verwaltungsvorschlag bringt. Alles war bei der Abstimmung verwickelt, so daß sogar Lange einen jeder Schanden den Arm hüben mußte. Wiederkommen werden die Kollegen zum Wort. Der Vorschlag des Vermittlungskomitee geht zur Tagesordnung über und erweist Lange das Schicksal. Es ergibt sich eine große Empörung unter den Anwesenden über die Handhabung der Geschäftsordnung und mit dem größten Applaus endet die Versammlung.

So sieht die vielgeprelsene Demokratie der Reformisten aus!

Die Gewerkschaften im Jahre 1926

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Nr. 5, berichtet kurz über die Stärke der einzelnen Arbeitergewerkschaften usw. Die Zahlen an und für sich sollen jetzt nicht angeführt werden, sondern die Schätzer, so laßt sich hinweisen zu dem vorliegenden Bericht. Zu dem vorliegenden Bericht über die Gewerkschaften kommen dann noch 4 Verbände, so m. a. U. i. f. d. e. r. N. i. t. t. i. g. e. n., deren Mitgliedschaft usw. — Alles Geblöde, die dem Unternehmertum in die weite Welt, wo die Beschäftigten der Arbeiter in ihrem Kampf absichtlich.

Sa, wenn die Arbeiter so dann wären und die Unruhmittel nicht mehr? Welche Gewerkschaft hat denn in den Jahren nach der Revolution die Unternehmung zu erwarren? Wer war oder vielmehr ist denn mit dem Selbstwunschkörper einverstanden? Wenn dann die Kollegen in den Zehnjährigen gegen die Geschäftsführer protestieren, streicht der reformistische Redakteur das Wort „Sand“, so könnte die anderen Kollegen zum Nachdenken bringen...

Wieder ein Stück Boden gewonnen

Ein Erwerbslosenbrief aus Elfter

Auch hier ist es endlich gelungen, die Erwerbslosen zusammenzufassen. So fand am 18. Januar eine Versammlung der Erwerbslosen statt, die wohl von 100 Prozent der außer Arbeit stehenden Kollegen besucht war. Dies ist eine erfreuliche Laune. Die Versammlung befaßte sich mit folgenden Tagesordnungen: 1. Wahl eines Ausschusses; 2. Bericht über Unternehmungen; 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses, Kollege Rottschulte, berichtete über die letzte Arbeitseinstellung, ihre Ursachen und ihre Zukunft. Da die Ziffer der Unterstützten in letzter Zeit beträchtlich zugenommen hat, ist es notwendig, die Befreiung des Arbeitsmarktes zu erwarren; er macht es sich unbedingt notwendig, daß die Erwerbslosen zusammenstehen, um gemeinsam ihre Rechte zu erkämpfen. Anschließend wurde ein Ausschuss für die Rechte der Arbeiter betraut, um gewandt.

Das Unternehmungskomitee muß unbedingt einer Revision unterzogen werden. Es ist unmöglich, daß die Erwerbslosen in Elfter mit dem niedrigen Satz von 10 bis 15 Prozent auskommen können. Elfter hat zwar keine Industrie, aber auch keine wirtschaftlich lebendigen Landbetrieb. Die Beschäftigungsmöglichkeit liegt fast ausschließlich in Wittenberg-Wiesen, Lebensmittel, wie überaus alle Bedarfsgegenstände, sind ebenso teuer wie in Industrieregionen, wenn nicht teurer.

Darum ergibt Zusammenhang und zunächst eine höhere Unterstützungserhöhung erwünscht!

Sieger der Opposition im Fabrikarbeiter-Verband Bitterfeld

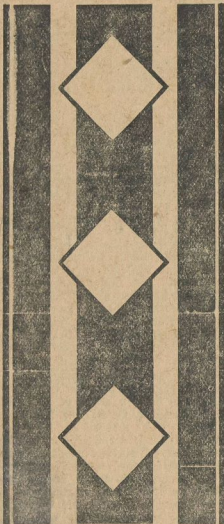
Kollegen sein muß, die Gewerkschaften wieder auszubauen zu einem idealtrefflichen und idealtrefflichen Instrument, das in der Lage ist, sich trotz dem Kapital entgegenzusetzen. Wir sehen, daß das Kapital sich mehr und mehr konzentriert und die Betriebe auf alle Möglichkeiten der Rationalisierung. Demgegenüber hat die Arbeiterbewegung sich ebenfalls zu konzentrieren. Die Aufgabe eines jeden Kollegen muß es sein, für die Gewerkschaft zu arbeiten, damit auch der letzte Arbeiter organisiert ist. Kollege Philipp war entgegen dieser Ansicht der Meinung, daß wir unter allen Umständen die Rationalisierung nicht antworten dürfen müssen. Es werden wir besser sein, wenn wir keine rationalisierenden Arbeitsstellen haben, sondern wenn wir eine Vielzahl von Stellen haben, als in einer Versammlung. Dann wurde eine Verwaltung aus sechs Mitgliedern gewählt. Trotzdem man mit allen Mitteln verordnete, die Wahl zu hinterzogen werden, wurde diese dennoch vorgenommen. Gewicht wurden nun abgelehnt, sondern die Wahl zu unterbreiten. Dieses Ergebnis war wie eine Chiffre für manden der Tarifgemeinshaftler. Uns muß es anspornen, nun alles zu tun, um die Gewerkschaftsbewegung zu einer größeren Welle im Kampf um ausschließlichen Kampf der Arbeiter abtrotzen? Wir haben den geschlossenen Kampf der Arbeiter nicht hat zu geben, sondern dem Kampf, um die Arbeit und das Kapital nach Ausrunder vertreiben.

Wir sehen, daß das Kapital sich mehr und mehr konzentriert und die Betriebe auf alle Möglichkeiten der Rationalisierung. Demgegenüber hat die Arbeiterbewegung sich ebenfalls zu konzentrieren. Die Aufgabe eines jeden Kollegen muß es sein, für die Gewerkschaft zu arbeiten, damit auch der letzte Arbeiter organisiert ist. Kollege Philipp war entgegen dieser Ansicht der Meinung, daß wir unter allen Umständen die Rationalisierung nicht antworten dürfen müssen. Es werden wir besser sein, wenn wir keine rationalisierenden Arbeitsstellen haben, sondern wenn wir eine Vielzahl von Stellen haben, als in einer Versammlung. Dann wurde eine Verwaltung aus sechs Mitgliedern gewählt. Trotzdem man mit allen Mitteln verordnete, die Wahl zu hinterzogen werden, wurde diese dennoch vorgenommen. Gewicht wurden nun abgelehnt, sondern die Wahl zu unterbreiten. Dieses Ergebnis war wie eine Chiffre für manden der Tarifgemeinshaftler. Uns muß es anspornen, nun alles zu tun, um die Gewerkschaftsbewegung zu einer größeren Welle im Kampf um ausschließlichen Kampf der Arbeiter abtrotzen? Wir haben den geschlossenen Kampf der Arbeiter nicht hat zu geben, sondern dem Kampf, um die Arbeit und das Kapital nach Ausrunder vertreiben.



Sonder-Verkauf!

Wir bringen Ungewöhnliches zu enorm billigen Preisen



Bettstoffe usw.	
Hemdentuche	0,29
schöne Qualität	Meter
Linons	0,39
für Bettstühle	Meter
Linons	0,85
Bettbreite	Meter
Bettzeuge	0,48
karisiert	Meter
Bettzeuge	0,83
karisiert, Bettbreite	Meter
Inletts	0,88
Kopfkissen	Meter

Barchente usw.	
Hemdenbarchente	0,35
schön, doppelt	Meter
Hemdenbarchente	0,48
Mittelmäßig	Meter
Kleiderbarchente	0,42
moderne Muster	Meter
Kleiderbarchente	0,52
nichtliche Muster	Meter
Nachtjackenbarchente	0,65
reife gemittelt	Meter
Schürzenwarps	0,55
90 cm breit	Meter

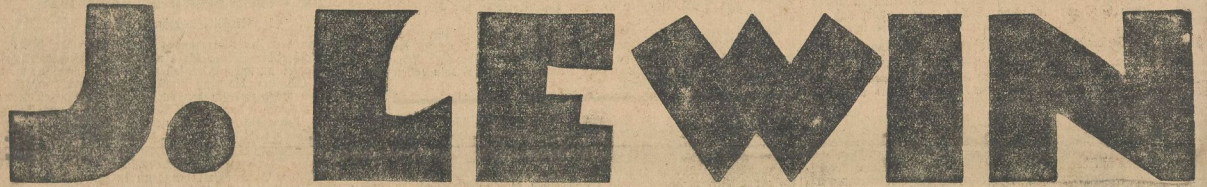
Damen-Wäsche	
Trägerhemden	0,58
mit Stoffsaum	Stück
Trägerhemden	0,95
mit Stoffsaum, Spitzen und Schermeretten	Stück
Trägerhemden	1,18
mit Spitzen	Stück
Beinkleider	0,85
mit Stoffsaum	Stück
Beinkleider	1,15
mit Stoffsaum, reich gefaltet	Stück
Beinkleider	1,35
Spinnform mit Spitzen	Stück

Damen-Kleidung	
Winter-Mäntel	7,50
aus modernem Stoffen, mit Reißverschluss	Stück
Winter-Mäntel	14,50
aus schwarzem und farbigem Tuch, mit Knöpfen u. Reißverschluss	Stück
Winter-Mäntel	18,50
aus Delouze de laune gute Qualität, mit Reißverschluss	Stück
Damen-Kleider	2,50
aus Wollstoffe, moderne Schneidweise	Stück
Pullover-Kleider	4,75
aus modernen Stoffen, sehr kleidsam	Stück
Tanz-Kleider	5,50
jugendliche Modelle, aus modernen Stoffen, mit Reißverschluss	Stück

Kleiderstoffe	
Weisse Kleider-Krepps	0,65
Meter	
Weisse Schweizer Voiles	1,18
110/112 cm breit	Meter
Pulloverstoffe	0,68
Meter 0,95	
Jacquardstoffe	0,88
doppeltbreit	Meter 1,05
Chevits	2,50
130 cm breit, reine Wolle	Meter 3,00
Gabardines	3,75
128 cm breit, reine Wolle	Meter 4,75

Gardinen	
Künstler-Gardinen	1,50
3-stellig Garnitur	9,75 6,50
Madras-Garnituren	1,85
3-stellig Garnitur	7,75 5,50
Halbstores	0,65
Stück	5,50 3,50
Gardinen	0,22
Stückweise	Meter 0,85 0,65
Gardinen-Mulle	0,82
gestepht, 115 cm breit	Meter 1,80 1,20
Madrasstoffe	1,30
buntgemalt	ca. 130 cm breit Meter 3,75 2,25

Sämtliche Damen- und Kinder-Winterhüte jetzt weit unter Preis



R.V.D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Bahnhofstr. 14, Fern-
ruf 21473. — Postfach Nr. 10700.
Kasse: Bahnhofstr. 14, Halle.
Sprechstunde: Täglich 9 bis 6 Uhr. Son-
ntags Ruhetag.

Unterbesitz Halle-Carlsfeld
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, in der
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

„Roter Frontkämpfer-Bund“

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Bahnhofstr. 14, Fern-
ruf 21473. — Postfach Nr. 10700.
Kasse: Bahnhofstr. 14, Halle.
Sprechstunde: Täglich 9 bis 6 Uhr. Son-
ntags Ruhetag.

Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Bahnhofstr. 14, Fern-
ruf 21473. — Postfach Nr. 10700.
Kasse: Bahnhofstr. 14, Halle.
Sprechstunde: Täglich 9 bis 6 Uhr. Son-
ntags Ruhetag.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Bahnhofstr. 14, Fern-
ruf 21473. — Postfach Nr. 10700.
Kasse: Bahnhofstr. 14, Halle.
Sprechstunde: Täglich 9 bis 6 Uhr. Son-
ntags Ruhetag.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Bahnhofstr. 14, Fern-
ruf 21473. — Postfach Nr. 10700.
Kasse: Bahnhofstr. 14, Halle.
Sprechstunde: Täglich 9 bis 6 Uhr. Son-
ntags Ruhetag.

Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Halle, Montag, 2. Februar, abends 8 Uhr, im
„Sängerhalle“. Ref. Gen. Selig, Glöckchen.
Unterbesitz Mittelteil Mittelbergs
Greppin, Mittelfederbesamml. Dienstag, 1. Februar, 8 Uhr, im „Schmidt“.

Dr. med. von Lippmann, Dr. med. Weins

Spezialisten für Gynäkologie und Frauenkrankheiten
Halle a. d. S., den 24. Januar 1927
Göttingerstr. 19, Fernruf 29468

Ulmärker Saatkartoffeln

Bestellungen nimmt bis 15. Februar 1927 entgegen
Otto Schludt, Debes-Schlechtewitz

Kleine Anzeigen haben im besten Erfolg

Bekanntmachung
Wir haben die Jahreslisten für Spartenlisten mit Wirkung vom 1. Februar 1927
an, jederzeit abrufbar Spartenlisten 4 Prozent,
a) für Spartenlisten auf wenigstens 1 Monat fest 4½ Prozent,
b) für Spartenlisten auf wenigstens 3 Monate fest 5½ Prozent,
c) für Spartenlisten auf wenigstens 6 Monate fest 6½ Prozent.
Halle, 23. Januar 1927. Der Vorstand der Sparte für den Stadt Halle.

Stadt-Theater
Montag 8 Uhr
Donnerstag 8 Uhr
Freitag 8 Uhr
Sonnabend 8 Uhr
Sonntag 8 Uhr

Jugend-
schriften
empfehlen die
Buchhandlungen
Lützenbrunn 14
Halle 42/44

„Zum Südpol“

Dienstag, den 1. Februar 1927
Großes
Schlachtfest
Hierauf laden freundlich ein
Paul Stuger und Frau

Kammerlichtspiele Merseburg

Bis Dienstag verlängert der
große lautsprache Originalfilm
Der Sohn der Berge
Ein erhabenes Gemälde aus
dem Weltkriege des lautsprache
Originalfilms. Ein Abenteuer-
film von spannenden Momenten.
Der große russische Senatsfilm

Billige Seefische



Große Marktstraße 58
Bismarckstraße 17, A. Kellner
Deutschlands größte Fischhandlung
Wir sind nicht nur billig, sondern unsere
Fische sind von hervorragender Qualität
besonders in der vorangegangenen Woche
gute Angebote

Heute u. morgen wieder 4 Waggons
Grüne Heringe 15,-
große, ...
Grüne Heringe 22,-
mittl. ...
Mittel Nordsee-Seelachs 25,-
ohne Kopf ...
Kabeljau 30,-
Kardonaden 45,-
bratfertig

1200 Kilogramm Röhrlinsen 50,-
siehe 1 Wagg. ...
ausgenommen 1½ Wagg. 35,-, 1½ Wagg. 18,-
Niesenausswahl in Fischkonserven
aus eigener Fischerei, Marke „Schiffelkop“
Brotkrumen 12-14 Stück, Dose über 60,-
Gauze Gardinen u. ... 7,25 bis 16,- 0,25
Seeringe in Glas, Marke „See-Öl“
Dose über 2 Wagg. 10,-, ...
Ordnung Bestellungen nach Ansicht
für Wiederbestellung nach viel billiger
Fernsprecher 22708, 21274, 21275, 21266

Bekanntmachungen

Das Ergebnis der heftigsten Wahl, die im März 1926 stattfand, ist
am 20. Januar bis 11. Februar auf dem hiesigen Gemeindeamt öffentlich
ausgelegt.

Durch Beschluss des Herrn Regierungspräsidenten vom 3. Dezember 1926 über
Aussetzung, die nicht Inventur- oder Schuldenverhältnisse betreffen, ist folgendes
bestimmt:
Der Ausschuss muß der Polizeiverwaltung angemeldet werden unter Vorlage
von Warenverzeichnis in deutscher Sprache. Der Grund des Ausschusses ist
auszugeben und genehmigt durch Beauftragten von Städt. Amt zu best. werden.
Das Warenverzeichnis ist zu aktualisieren, das ohne weiteres die Überlieferung
seiner Angaben mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen muß.
Zur Nachprüfung der in der Anzeige und dem Warenverzeichnis enthaltenen
Angaben sind neben dem Polizeibeamten die von der Schulden- und Inventurkommission
eine verschiebener, politisch betrauten Vertrauenspersonen hinzuzuziehen.
Halle, den 23. Januar 1927. Die Polizeiverwaltung.

Aus der Provinz

Freiheitsberaubung durch die Behörde

Was man in Deutschland mit Invaliden umbringt

Aus Schraplau wird uns ein Brief mitgeteilt, der bei jedem gerechten denkenden Menschen erbliche Entwürdigung hervorruft. Es handelt sich um den 82 Jahre alten Invaliden Casimir P... der eine Rente von monatlich 33 Mark (in Worten: dreißig drei Mark) bezog. Das ein Mensch von diesen Beträgen leben nicht sollte, ist jedem denkenden Menschen einleuchtend. Um nun nicht zu verdingen, war der Invalide gezwungen, das schickende, zum Leben notwendige Geld hinzubehalten. Eines Tages wurde er hierbei von der Quartierierin K... (die für auf diese Behörde einwirkte) erwischt und man verhaftete ihn von dieser Seite zu einer...

Gefängnisstrafe von 3 Wochen.

Was hat die Frau auch tatsächlich angetrieben und hätte schon vor Verhaftung wieder in Schraplau sein müssen. Als der Invalide nicht nach Hause kam, begab sich seine Frau zur Ortspolizeibehörde, um sich nach dem Verbleib ihres Mannes zu erkundigen. Die Ortspolizei konnte aber keine Auskunft geben, und trotz aller Nachfragen der Frau blieb...

der Invalide spurlos verschwunden.

Der Frau war es wenigstens nicht möglich, etwas über den Verbleib ihres Mannes zu erfahren.



Einer, der nicht gearbeitet hat und trotzdem nicht in das Arbeitshaus kommt

Dieser Umstand veranlaßte die kommunizale Stadverordnetenfraktion, am 10. März eine diesbezügliche Anfrage zu stellen, und siehe da, ganz Heintze wurde erklärt, daß sich...

der gedachte Invalide inzwischen im Arbeitshaus zu Groß-Salze (Magdeburg) befindet.

Verständlich macht man, daß sich bis zu seinem 80. Lebensjahre immer tüchtig gearbeitet hat, daß er bis ins hohe Alter 14 lange Jahre ununterbrochen bei den Reichs-Monarch-Verkeren gearbeitet hat... Verständlich macht man weiter die erbärmliche Hungerneid und weider den Umstand, daß es heute für einen jungen kräftigen Menschen immer ih Arbeit zu bekommen, viel weniger denn für einen alten, verküppelten und franten Invaliden, dann wird ein jeder vernünftige Mensch zugucken müssen, daß diesem Invaliden, wie vielen tausend anderen auch, gar nichts anderes übrig blieb, als zu verdingen, oder aber zu betteln, denn Stehlen ist ja auch verboten.

Um so brutaler müdet das Urteil an, das einen 82 Jahre alten Greis inwendig ins Gefängnis wirft, um ihn hinterher auch noch einem Arbeitshaus zuzuführen, wo man ihm höchstens die lächerliche Rente ganz nimmt und auch noch verhaftet, aus ihm herauszuquälen, was noch in ihm ist.

Es muß von allen Seiten mit größtem Nachdruck gefordert werden, daß der Invalide auf dem allerhöchsten Wege in Freiheit gesetzt und daß ihm für die Zeit der Freiheitsberaubung eine entsprechende Entschädigung gezahlt wird.

Die noch arbeitssfähige Bevölkerung aber sollte aus diesem Fall die einzig richtige Lehre ziehen, daß es ihr einzig genau so oder noch schlimmer gehen wird, wenn sie sich nicht begehren bekennt und sich zu einer einseitigen Kampffront zusammenschließt, die allein in der Lage ist, diese millionenfach verfluchte Gesellschaftsordnung ein für allemal zu beletigen.

Mereburg-Duerfurt

Neumar. Wie die bürgerlichen Gemeindevorsteher mit den Steuererosen müßen. Am Dienstag fand eine Sitzung statt, in der die Defensitätet erfuhr, daß die „böse Linke“ wieder einmal recht behalten hat. Es handelt sich um die Angelegenheit der Klage gegen Erilling & Rogoska. Flugs läuft von der Rechten ein Antrag ein, bei Behandlung dieses Punktes die Defensitätet auszuschließen. (!) Hiergegen werden sich unsere Genossen einseitig als Sozialdemokraten ganz energisch und führen aus, daß diese Sache schon monatelang in mehreren Sitzungen öffentlich behandelt worden ist und keine Gefahr besteht, daß Gemeindevorsteher verlost werden. Zur Zeit müßen auch die Rechte den Verdict in einer kommenden Besprechung münden, und fleimlich zu Herz Krauß gehen Antrag zurück. Der Herr, welcher die Klage angebracht hat, hätte sich gern um die Verlesung des Urteils geübt, denn worin führte er aus. Es ist wohl nicht notwendig, daß ich das Urteil in Gesamtheit verleihe, denn daraus wird kein Mensch klug. (!) Die gesamte Linke forderte natürlich ganze Arbeit, und mit Verbitzung konnten wir feststellen, daß unsere Genossen recht hatten, als sie in den vordringenden Sitzungen immer und immer betonten, daß die Klage aussichtslos ist und zurückgezogen werden müße. Aber die Kommunalräte müßen sich erst eine gewöhnliche Wahrheiten holen und hundert von Mark verputzern. So wird von den Bürgerlichen mit den Steuererosen der Einschnitt gewünscht. Wähler, merkt es Euch für kommende Wahlen! Die folgenden Punkte wurden ohne lange Debatte zum größten Teil einstimmig angenommen. Am Schluß glaubte Herr D... folgendes in unseren Kreis Nr. 3 und 9 des „Klaffenkampf“ mit genannt wurde, eine Schimpfbanne gegen den Verfasser sowie den „Klaffenkampf“ eröffnen zu müssen. Der Genosse Hennemann ließ ihm die gefürchtete Antwort nicht schuldig. Der verfälschte Bericht in den letzten Sitzungen hat uns bewiesen, daß die Defensitätet den Gemeindevorsteher immer mehr Anteil entgegnenbringt. Sorge ein jeder dafür, daß es noch besser wird. Der Bericht muß so stark werden, daß der Saal bei Sitzungen besetzt werden muß.

Teuflich. Dem Großkaufmann und Gemeindevorsteher Breßlich ist es gelungen, vom Postamt Dürrenberg die Genehmigung zur Auslieferung der Rente zu erhalten. Wir müßen jedoch feststellen, daß er etwa 40 Renner. Also eine Anzahl Leute, die kaufen dürften, daß der bisherige Konjunktur dabei weniger verkaufen dürfte. Denn wir wollen uns doch gar nicht verhehlen, daß die Leute sich sehr verstimmt fühlen, bei dem Kreisverordneten zu kaufen. Breßlich müßte, das kann man ihm nachsagen, viel daran gelegen sein, daß die Leute, die früher dieses in Dürrenberg nach Abholung ihrer Rente kauften, alles oder vieles bei ihm einkaufen. Wir fragen,

Betrug und Unterschlagung des Bürgermeisters von Leimbach?

4000 Mark fehlen — Die Postkasse stimmt nicht — Täuschungsmandat des Täters

Eigenartige Zustände brachte die letzte Stadverordnetenversammlung am 10. März. Als erster Punkt stand ein Antrag des Gemeindevorsteheres an, die Nachzahlung von 168 Mark Quartiergeld zur Verhängung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, woraufhin die 4000 Mark-Rente einmündig übergeben wurde, woraufhin die 4000 Mark-Rente einmündig übergeben wurde, woraufhin die 4000 Mark-Rente einmündig übergeben wurde.

Als Bürgermeister des Amtes Leimbach über 4000 Mark. Die genaue Summe liegt noch nicht fest für sich verbraucht hat, hat er auch dem Rittergutsbesitzer 100 Mark Tagelohn und 600 Mark Schuldenbesitz abgehoben, ordnungsgemäß quittiert und für sich verbraucht.

Wenn ein Kommunist zu etwas macht, nennt man das Unterschlagung amüßiger Gelder. Weiter hat er durch Verleitung von Schicks, für welche die Dedung sehr zweifelhaft war, die Renteempfänger über den wichtigen Kasseneindruck zu täuschen versucht, da die Beträge von 150 und 250 Mark, über welche die Schicks lauteten, in das Hauptkassendbuch nicht eingetragen waren.

Wenn ein Prolet zu etwas tut, nennt man das Betrug und Unterschlagung.

Auch in der Postkasse, die ein Verhöhr führt, wurde ein Fehlbetrag von 21,80 Mark festgestellt. Der Bürgermeister, zur Rede gestellt, dackte den Betrag sofort, da er 20 Mark aus der Hauptkasse gehoben und nicht in die Postkasse absetzte hatte. Einige Tage später wurde festgestellt, daß er diesen Betrag der Postkasse wieder entnommen hatte.

Im gewöhnlichen Leben nennt man so etwas Diebstahl.

wo im ganzen Kreise ist eine bezartige Untereinteilung der Renten? Gleich angefangen im Postbezirk gibt es weder in Godesburg noch in Wehlau oder Debes eine solche Untereinteilung. Der Reichs-B... hat sich nach den Gesetzen der Reichs-B... Kein Herr Breßlich, darauf lassen wir Arbeiter uns einfach nicht ein. Warum richtet er die Rentenzahlung nicht in einem von seinem Lande getrennten flegenden Raum? Da Herr Breßlich aber taun hierfür zu haben ist, wäre es das Richtige, wenn ein Invalide und ein Lehrer, der das gern beuoen, die Auszahlung der Renten für einige Mark Monatsgeld, das macht auf den Kopf der Bevölkerung taun einige Pfennige, vornimmt. Sache der Gemeindevorwaltung und des Kreises ist es, hier Wandel zu schaffen. Wir lassen einfach von unsers selbstverständlichen Forderungen nicht nach. Der Reichs-B... ist ein schandvoller Mensch. Her mit dem Arbeiter-Gemeindevorstand!

Müßeln. Der Einführungsunterricht zur Jugendweihe ist hier am Sonntag erfolgt. Genosse Schickler (Halle) sprach hierzu über „Jugendweihe und Konfirmation“. Er schilbete in trefflichen Worten den Einwirkungsengang der Erde bis zum heutigen Tag. Die Kinder selbst hallten wärende Frage, die Genosse in geschickter Weise beantwortete. Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß alle Arbeiterkinder in diesem Unterrichtsfinden. Die Unterrichtsstunden finden von jetzt an alle Sonntage, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Godesburg statt.

Wählig. Zur Nachachtung empfohlen. Das Arbeiter-Sportartell Wehlau-Wehlau-Köppen hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, 20 Mark der gemährteften englischen Bergarbeiter durch die J... für den Reichs-B... Sporngegen für diesen Mit proletarischer Solidarität sehr weien Verdiensten zu leisten. Sie lernen es vielleicht auch, wenn sie selbst einmal treten.

Reue-Wissen bei Merseburg. Sie moill zu zum Film gehen. Seit einigen Tagen ist eine bei einem hiesigen Gastwirt bedeutende Wärende Sühle entstanden. Wenn man den hinterlassenen Wärenden Glauben leugnet, redet der Drauf zum Film die Stöße zu ihrem Schreie veranlaßt. Sie teilte nämlich darin mit, daß sie nach Berlin wolle, um beim Film ihr Glück zu versuchen, man solle nach ihrem Verbleib nicht forschen.

Weißenfels-Naumburg-Zeich

Rebau. Nach einer 74-jährigen Ausbeutung auf der u der Weissenfels-Grabenhölzer-A.-G. gehörigen Grubz. Kopen ist jetzt der Arbeiter Emil Börsch in den Ruhestand getreten.

Zeig. Eine Wohlthätigkeits-Gewinnlinderin trat hier und in Weissenfels mit der Angabe auf, daß Wohlthätigkeitswerke zu sammeln. Sie sagte hauptsächlich Spielplätze auf und daß dabei den alten Leuten immer Geld zu kommen. Sie ist jetzt in die Gewinlinderin in der Berlin einer angeblühnen Hirschwälder, Luise Börscher, geb. 11. Dezember 1892 in Halle, die einer Gathedonkontrolle in Erlurt verhaftet worden.

Zeig. Ein faules chwarzrotes Ruderseil in der Stadischen Gärtnerei. In Nr. 24 des „Volkshoten“ erschien unter der Rubrik „Die hässliche Gärtnerei als kommunizales Treiben“ ein verurteilender Artikel gegen die Belegschaft und den verantwortlichen Expedienten Sabarrt G... für es ist immer dieselbe Methode. Freig, freischlendend, wenn dieser gewisse sozialdemokratische Held zur Rede gestellt wird, aber sobald die Luft rein ist, wird die Verurteilten wieder aufgenommen. Wenn den im Betrieb beschäftigten Kommunisten keine Agitationsmöglichkeiten vorgesehen sind, so ist das nur die Schicklichkeit und den Grundsatz der kommunizalen Agitation. Der Kadant kann sich die größte Mühe geben. Kein Arbeiter fällt auf seine Tiranen herein. Wir empfehlen dem Artikelverfasser, seine Bemühungen bei den Jernzungenkassen Marx auszuweisen, aber nicht bei ehelichen Arbeitern und Familienmitgliedern. Es tracht schon von einer vollständigen moralischen Verlungung, wenn einem Arbeiter vorgeworfen wird, er solle nur das Gnadengeld. Damit wird dokumentiert, daß man diesen Arbeiter und Vater von fünf Kindern lieber vorlos und in den Weiden der Erwerblosen lebe. Und das nur deshalb, weil es ein Kommunist ist. Der Daß man eine gewisse Menge. Was den Gärtnere Sch... betrifft, ist ein schandvoller Mensch. Bei der Gelegenheit habe ich die untergeschobenen Wärenden auszuführen. Wir Arbeiter sind bereit, dem Sch... öffentlich diese Fälle aufzuzeigen. Faule Kadantseiler können in einem hässlichen Kommunisten nicht empfangen werden. Wenn aus der Gärtnerei ein Kommunist nicht empfangen werden darf, so ist das nicht die beste Lösungsmöglichkeit. Gärtnere werden zu Ausbildungsstätten gelangt! Der Betrieb ist reiflos freigeizigenschaftlich organisiert! Die Bildung von Kassen ist bei uns nicht möglich. Wir hoffen, daß eine Belegschaftsversammlung noch bevorsteht, um den Angeklagten Stellung nimmt. Mehrere Gärtnere.

Vorzügliche Werberarbeit

Teilen einige Parteigenossen der Zelle Samborn 1, die am vergangenen Sonntag ihr Partei und Presseorgane unter Beteiligung von 13 Parteigenossen wurden gewonnen: 31 neue Abonnenten, 5 Parteimitglieder, 2 neue Mitglieder der Notizen Hilfe. Genossen, macht es nach!

Von dem ihm im Jahre 1925 als rückzahlbares Darlehen ausgehoben 13-Monatsschein von 404 Mark, die im Laufe des Jahres nur 60 Mark zurückgekehrt, so daß auch jetzt noch 404 Mark an die Stadtkasse abzuführen sind.

Stuch die sonstige Geschäftsführung sei eigenartiger Zustände. Nachdem das Stadparlament im Februar 1926 aufgelöst wurde, begann eine sehr ruhige Zeit für den Magistrat. Der Etat balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 76.500 Mark. Als tatsächliche Einnahme sind verbucht 166.840 Mark und Ausgabe 162.840 Mark. Wozu diese hohen Summen verbraucht sind, muß noch festgestellt werden, da die Revision noch nicht abgeschlossen ist. Vielesicht können noch mehr Sachen an die Defensitätet kommen.

Es würde beschließen, den Revisionsericht sofort der Regierung zu unterbreiten und das nötige zu veranlassen. Stofflich reitet der Amtschimmel hier auch so schnell, wie er es tut, wenn es ihm an Kommunikanten handelt. Auch für den Staatsanwalt gibt es hier Arbeit.

Auch als Ehrenbürgermeister der Freiwilligen Feuerwehr hat er es nicht verstanden, 78 Mark für beschädigte Sachen und 75 Mark Prämie, welche derselben anlässlich des hiesigen Brandes von der Feuerlostation bezichtigt und zugewandt waren, für sich zu verbrauchen. Die Arbeiter, welche ihre Nachruhe opfern und sich ihre Polen und Siefel verdienen, können sich ihre Sachen auch von ihren Vornehmern wieder reparieren lassen. Dabei, daß der Bürgermeister mit über 500 Mark Einkommen braucht das Geld nöhtiger.

Wieder ist eine Ordnungswärende im Verfehr begriffen. Die Fälle häufen sich in erschreckendem Maße. Sollten die näheren Untersuchungen auch nur den zehnten Teil der jetzt angeführten Strafbestände ergeben, müßte der Reichs-B... sofort in Untersuchungshaft genommen werden. Es wird weiter ganz energisch gefordert, daß dieser merkwürdige Stadtschäbde bis zum Abschluß der Untersuchung sofort seines Amtes zu entheben ist. Wir werden auch für die Angelegenheit noch zurückkommen.

Mausfelder Kreise

Eislebener Reichspostkassatur!

Die mißliebige Friedricius-Marte

Es kitz und stinkt auch in Eisleben, in Gehirntafeln eines „königlich preussischen“ Postbeamten. Verwunderlich ist es das noch weiter nicht, denn bei dem fraglichen Diener des Postbüros scheinen noch unklare Vorstellungen von dem Regime des alten Kaiserreiches zu herrschen — er vertritt sich selbst dabei, daß das Regierung „kaiserlich“ in Deutschland in die Kumpelammer gemessen ist. Er glaubt aber, seine Ansichten sogar einer republikanischen Behörde gegenüber durch musikalische Diktatur durchsetzen zu können. Ein Beispiel dafür, daß die imperialisches Geistes im Staatsparlament sich nicht über alle republikanischen Geistes hinwegsetzen können! Der Reichs-B... der Reichs-B... in Eisleben einen Vertrag zum Eislebener Postamt mit dem Auftrag, 400 Stück 5-Pfennig-Marken zu holen. (Der Postbeamter kann sich zu der Einzeligen Aufstellung der Bezeichnung der Friedricius Rex auf der neuen 10-Pfennig-Steinmarke nicht befehlen, in Auftrag, hat dessen zwei Farne-Marken.) Der Reichs-B... in der verneint, das den Reichs-B... die Ausgabe der 5-Pfennig-Marken mit den Worten: „Klein 10-Pfennig-Marken“. Seine weiteren Ausführungen gipfeln darin, daß der Postbeamter doch selbst Schuld gemeint ist, er (Recher) finde, daß der Koffer des alten Reichs-B... nicht etwas anders als es ist, und es ist, für eine praktische Angelegenheit, das Kaiserreich, erst recht die Pflicht, die von der Reichspost (!!) herausgegebenen Marken zu benutzen. Zudem ist die Verwendung von 5-Pfennig-Marken auf Briefen für den Postdienst erschwerend. (Das glauben wir gern.)

Kurzum, der Herr Reichs-B... ist ein völlig unwürdiger, da er die Annahme von 10-Pfennig-Marken auftragsgemäß ablehnte, der Reichs-B... der Herausgabe von 5-Pfennig-Marken aber weiter.

Der Postbeamter E. ließ sich jedoch dadurch nicht betören, sondern lande sofort einen zweiten Angestellten zum Postamt mit dem bestimmten Auftrag, das von der Reichs-B... und beauftragt wurde, sich über die Ausgabe von 5-Pfennig-Marken, und als Wieder diese wiederum zu verweigern läßt, erwiderte der Angestellte: „Möllen Sie mir jetzt 5-Pfennig-Marken geben oder wollen Sie lieber eine Beischwerde bei der Oberpostdirektion“. Daraufhin überholte Recher endlich die gemündeten Marken.

Man gibt sich das Postamt rechtliche Mühe, mit allen Mitteln Schiffe gegen den Postbeamter zu tun, indem es ihn behauptigt, die 5-Pfennig-Marken auf Briefen getrennt am aberen und untern Hande zu kleben, was nicht den Tatsachen entspricht.

Sollte das gehäufte Vorgehen des Eislebener Postamts nicht einen Heher erregen, und zwar den, daß jeder Markenklauer das Recht hat, für sein Geld Marken in beliebigen Mengen zu verlangen? Wird ihm aber dieses Recht freitüg gemacht, so haben wir den besten Beweis einer Täuschung einer Täuschung — und nur am dem nichtbestimmten Friedricius Rex auf der 10-Pfennig-Marke, deren Ausgabe dem republikanischen Reichspostminister Einstig zu danken ist, der damit seine monarchistische Einstellung offen bekennet und seinen Rechtsfreunden damit die Verhinderung seiner Juraerfähigkeit ablegt.

Man muß also den Postbeamten verwehrt Arbeit durch die Verwendung von 5-Pfennig-Marken entziehen, so können sie sich dafür bei Herrn Einstig bedanken.

Die Stellungnahme des Postamts zu der Briefmarkenverhältnisse gibt die Besorgnis für alle Halbedelmütigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Schiller hat Friedricius Rex, zwei 5-Pfennig-Marken auf einer 10-Pfennig-Marke auf den Brief! Verlangt kein Postamt und verwendet nur 5-Pfennig-Marken! Abgabeverweigerungen aber beantwortet mit einer Beischwerde an die Oberpostdirektion!

Wittfeld-Wittenberg

Vom Redakteur zum Nachtwächler

Was man sich in Wietzerich erzählt

Da läuft es ein Gespräch im Orte herum, das über Gemeindevorwaltung- und Ordnungsgesetze eine wichtige Ergänzung erfahren habe. Der allen Einwohnern bekannte ehemalige Kino-Inhaber und Altkamerad Herr W... hiesige gewisse Forderungen der Sozialdemokratischen Partei, die im Beschluss des V... a. D. besteht, überleben gewisser Vorkredakteur der „Freien Presse“, ist so kurzweilig wieder in vollem Maße im heimlichen Duden gefandent. Mühselige Seelen schweiben schon in tausend Abständen, das es dem mit hohen geistigen Qualifikationen auszuweisen. Die Sozialdemokratische Partei, die im Beschluss der Arbeiterlosen am Hungerstreike stehen, doch hebe der „Freien Presse“ aus Not und Verzweiflung in der Person seines lieben Freundes Karl in große Höhen.

Der in hohen Bedrängnis geratene Freund mußte, sollte es was es solle, einen Entwurf bekommen. Natürlich, diesen hohen Allgemeinwissen und auszuweisen natürliche Qualifikation mo ungenügend brach liegen lassen konnte, durfte man noch weniger im Dandeln tappen lassen, d. h. bezüglich seines angeborenen Talentes, alle nur irgendwärende vorhandenen Arbeiten zu verrichten.

Karl und Heinrich, die sich nicht zufällig getroffen haben, berichten nach und nach von den Besuchen. Nach längerem Überlegen bedarf Konstruktiven Mittelstele hier folgender Dialog:

Die Seuchen in Deutschland

Scharlach, Scharlachfieber, Keuchhusten nehmen zu

„Ich hab's“, sagte Karl. „Wissen Sie Herr... äh, pardon, es ist schon so lange her, das wir uns nicht sehen...“ „Wohin Du, lieber Heinrich, Du bist bei mir nachwachter werden?“

Heinrich wurde vor Schreck lebenslang. Seine anfänglichen Zweifel, daß wirklich das Engagement sein erkrankter Name und seine ersten Schritte ein Erfolg sein könnten, wurden wieder, bemüht er sich, zu zerstreuen. Nach länger, mühsamer Überlegung entschloß er sich, diese wichtige Funktion im Städtchen Dänemark zu bekleiden.

„Sohn“, sagte er, „ich mache es.“ Doch plötzlich lächelte er — der Kopf meiß es — und sprach mit dem Mann, den er geliebt hatte. In die in Gedanken verlorne Gestalt kam Leben. Der Geistesfinger der rechten Hand an die linke Kehlefläche gelegt, dem übrigen Gesicht einen philosophischen Ausdruck verleihend, dabei den Kopf links seitwärts gedreht, sagte er für sich selbst:

„Man hat mich aber doch immer, daß ich ein Nachwachter sein könnte.“

Dieser Mann war ein Mann, welcher sich empfinden mußte etwas nie-drigere als das eines Gemeindefunktionsanwesenden, aber gegenüber dem Hungergehalt, das die Nachwachter aus Jähna bestrafen, ist seine Gage wirklich relativ hoch zu nennen. Die Differenz der Gehälter ist zwar da aber — na, darüber läßt es sich leichter reden. Die Kommunitäten, die hier das Ruder in den Händen haben, sind eigentlich doch unfähigste Kerle, denn sonst würden sie die Nachwachter höchstens als Nachwachter bezahlen und nicht als ihren Dienst tuende Beamte. — Was die Erwerbslosen? Wie die doch auskommen können mit so einer minimalen Unterstützung? Das die überhaut noch am Leben sind?

Heinrich schüttelte ebenfalls den Kopf. Leise vor sich hinflüsternd sagte er dann: „Es ist ja mit meinem neuen Posten auch so eine kleine Schwierigkeit, denn weder ist die Stelle eines republikanischen Nachwachters ein sehr glückliches, noch ein angenehmes. Arbeitsnachweise gefordert. Aber, nach nicht nicht. Vielleicht können mir meine Arbeitskollegen von früher nicht mehr, denn ich bin ja nun schon bald ein ganzes Jahr in der Fremde gewesen. Das würde ich die Arbeitslosen der Vorstadt halber inspirieren müssen, denn um diese Arbeitslosen sind immer dabei. Ich werde ihnen vielleicht nachgeben, daß eine einmalige Unternehmung meines Körpers logischerweise auch zur Folge haben muß, meinem sozialistischen Gedanken ihren die zum Erhalt notwendige Anzahl Kalorien zu entziehen. Meiner revolutionärlich-sozialistischen Bildungswelt würde dadurch, wenn es der Fall ist, der Schaden zu groß sein, wenn sie arbeitslos ist, die Hauptstadt. Das werden die Arbeitslosen, wenn ich ihnen das einrede, ich einsehe, so zumind die denn doch nicht. Heinrich schüttelte dabei zwar etwas die Hand, weil er noch nicht als es sonst der Fall ist, in diesem furchtbar hinein, aber das ist ja eben nur Gemöhlichkeit.

Die Seuchen und Epidemien sind in Deutschland im vergangenen Jahre in unerhörter Weise heftiger. Die katastrophalen Wohnungsverhältnisse tragen hieran ein gewaltiges Maß von Schuld. Die Scharlachkrankheiten haben hart zugenommen und sogar in einzelnen Fällen epidemischen Charakter angenommen.

Eine Zeit über einem Jahrhundert bei uns ausgetretete Krankheit ist zum ersten Male wieder aufgetaucht. Es handelt sich um das Scharlachfieber, das man im Anfang an Ueberseuchung mit einem feiglichen, fast noch immer werden von Reaktionen der Bevölkerung. Die Festigung der Scharlachkrankheit der Hochwärters und Erziehung von Weisen ausgehend, so daß auch in diesem Jahre mit weiterer Ausbreitung des Scharlachfiebers gerechnet werden muß. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen wurde die Krankheit überhaupt in Deutschland ausgelöscht.

Auch die Keuchhustenepidemie ist sehr merkwürdig ausgebrochen. Man nimmt an, daß dies durch die Verwendung des Kunitindigners her-



Ungehörige der erdichter Kinder

dürfen die wegen Infektionsgefahr nicht besuchen. Unser Bild zeigt ein Fenster der Sondernorm eines Sanatoriums in Berlin. Die Ungehörigen müssen erst sterben, wenn sie die Kinder nur einmal sehen wollen.

„Darüber hinaus ist meine neue Funktion auch von ungeheurer großer staatspolitischer Bedeutung. Ein Trottel, der nicht verständlich in jeder Lebenslage und in jedem Beruf seine marzipanische Bildung und politische Qualifikation auszuspernen. Es ist bei mir in jedem Sinne ein Vorkampf, ein Kampf, der wiederum die arbeitslosen Klassen, die wieder nützliche Aufgaben abgeben, um die Strategie der Erfüllung das neu errichteten Rathauses auszubereiten. Denn, obwohl sie ja noch die Mehrheit bilden, wollen sie doch noch das Komplettsystem einrichten. In einer solchen Zeit könnte ich der Hauptstadt im wahrsten Sinne der Welt einen erheblichen Schaden zufügen. Ich werde ihnen vielleicht nachgeben, daß eine einmalige Unternehmung meines Körpers logischerweise auch zur Folge haben muß, meinem sozialistischen Gedanken ihren die zum Erhalt notwendige Anzahl Kalorien zu entziehen. Meiner revolutionärlich-sozialistischen Bildungswelt würde dadurch, wenn es der Fall ist, der Schaden zu groß sein, wenn sie arbeitslos ist, die Hauptstadt. Das werden die Arbeitslosen, wenn ich ihnen das einrede, ich einsehe, so zumind die denn doch nicht. Heinrich schüttelte dabei zwar etwas die Hand, weil er noch nicht als es sonst der Fall ist, in diesem furchtbar hinein, aber das ist ja eben nur Gemöhlichkeit.

Macht Gehalt mit dieser Verantwortung und vereinigt Gehalt in der roten Kleinfabrik der Werksstätten?

Jahna. Kampf gegen Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit. Am Montag fand die erste diesjährige Sitzung der Stadtschuldenrat statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Verkauf des Bureaus. Da sich die Bürgerlichen schiedbar auf die Macht vorer nicht geeinigt hatten, kam bei den ersten drei Wählern kein Resultat zustande. Unter Gewählten waren die Schulle und nicht für die Situation aus, indem sie aus ihrer Mitte das Bureau wählen. Es wurde als Vorkämpfer der SPD Mann Mathis gewählt, als stellvertretender der Arbeiter der Genossenschaft. Als Schriftführer der Stadtschuldenrat wurde der Arbeiter Voss gewählt. Die Kommissionen aller Kommissionen bis auf die der Sparkasse blieben wie bisher.

Durch die Ferngasversorgung unserer Stadt durch die Licht- und Kraftwerke Weitzel ist die heilige Gasanstalt überflüssig geworden. Das alte Stadtbüreau möchte die Gebäude gern zu einer städtischen Feuerwerkerei umbauen. Die Kommissionen dieser Arbeiterschaft für die heilige Stadt wird von uns ohne weiteres anerkannt, aber dazu wollen wir nicht das alte Stadtbüreau Gasanstalt, sondern einen anderen Ort, vorzuziehen noch zu reden sein wird. — Vor ungefähr 15 Jahren beschloß man sich in Jahna mit den Sozialisten zum Bau eines Büreau. Dieses sogenannte Projekt konnte bis heute nicht ausgeführt werden. Jetzt ist nun die Frage wieder auf geworden, und mit großem Eifer soll nun in den Bau herangegangen werden. Auch hier erkennen wir die Notwendigkeit, da man nicht, wie bei den einzelnen Vereinen, die herkommen müssen. Bei dem Büreau wird ein Verein, der fürs erste mit der Selbstverwaltungszug zu kämpfen hatte, dadurch völlig entmündigt, fast ein ganzes Jahr überhaupt nicht aktiv tätig gewesen ist, jetzt aber endlich wieder zeigt, daß er auch noch tätig sein kann. Die Wohnungsbau und Arbeiterbildung, beides sind Aufgaben, die Jahna eine weit größere Aufgabe zu erfüllen werden, nämlich die Behauptung der Wohnungsbau, die in dieser Stadt geradezu als ungeheuer zu bezeichnen ist. Aus diesem Grunde wurden die beiden obigen Projekte zurückgestellt und das vorhandene Geld für die Wohnungsbau bereitgestellt. Doch abgeschlossen ist nicht aufgegeben, aber für sehr ob lang kommen auch die Arbeiter und die Turnhalle an die Reihe. — Nach Angaben des Magistrats beträgt die Zahl der Erwerbslosen 140, eine amtliche Zahl für eine Stadt von 4000 Einwohnern. Den Erwerbslosen wurde zur Befriedigung von Lebensmitteln und Winterbekleidung eine Summe von 2000 Mark bewilligt. Auch für diesen Winter wurden 2000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Durch die eventuelle Errichtung einer Feuerwerkerei soll ihnen weiter auf einige Zeit Arbeit beschafft werden. Nach Erteilung einiger kleiner Anfragen wurde die Sitzung um 10 Uhr beendet.

zu machen und sich die erste Woche fast niemals besuchen. Diesen Lärm hat er wohl von den Schulkindern gelernt, die ihre Schößen das erste Mal immer gemessen lassen. Er zog also seine mit Hundertmaligen gelpide Weistafel und wollte die Woche gleich. „Sie sind selbstverständlich mein Gott“, sagte er, worauf Schmidt auf gut weinlich erwiderte: „Aber Hebel, das kann ich nicht noch ansetzen.“ Man setzte sich dann auf ein Sofa und verlegte die weitere Latein in die zweite Konvention-Weistafel Weimars, den „Goldenen Adler“. Hier sprach mit martialischer Sprache seine Hebel ein erstes nationales Mahnwort an der Wand der guten Stunde des Hofbadermeisters. „Am Hebel“ gab es noch einen großen erhebenden Moment für den Herrn Hofbadermeister. Hier durfte er nämlich seinen brüderlichen Verlangen nach „Hingabs“ genügen. Der Prinz ging zum Angriff über und zeigte ihm noch einmal ein Schreiben des österlichen Hofmarschallamts, welches die Mitteilung enthielt, daß 10 000 Mark unterwegs seien.

„Dem Hebel ist doch nicht in Verlegenheit kommen“, sagte er. „Aber Schmidt, mein Prinz darf nichts entnehmen“, und drängte überdrücklich dem sich „irabenden“ Domela einen rauch ausgehenden Scheid über 1000 Mark auf.

Von mußte der Herr sich wieder konsolidieren. Er tat das, indem er nach bestimmten Kriterien Domela und Schmidt eine Biographie seiner „Mama“ überreichte, die er zum Überflüssig mit der Unterschrift „Wilhelm v. Br. Biere“. Er mag sich wohl gebildet haben, daß ein abgetragener Namenszug nur eine kleine Namensaufzeichnung bedeutet. Als aber im nächsten Tage einer aus der Biographie des Hofbadermeisters Henrich übertrug, welche Biographien gingen ja in allen Papierhandlungen, da erklärte Schmidt, daß dieser unumkehrige Verwanche sich von nun an nicht mehr als zur Familie gehörig betrachten könne.

Schließlich „bewilligte“ der „Prinz“ Schmidt einen Besuch in der Bäckerei. Er interessierte sich für das Gemerbe und lernen konnte man immer noch etwas. Man war Schmidt ganz aus dem Haus. Schleunig wurde die Bäckerei in Paradezustand gebracht. Die neuen jungen Mädchen wurden für den Prinzenbesuch in reichgebügelt Kleider und Hüden geteilt, und es begann ein Säuern und Dekorieren, wie es die Schmidtische Hofbäckerei noch nie erlebt hatte.

Die anfänglichen Gedankenpläne, die Heinrich bei der Erwägung über das Gehalt gehabt hatte, kamen nicht zu ungefähr. Es war das eine gewisse große Fortschritt, die ihn da hat, wenn er doch die Gehälter der Arbeiter überlegen und seinen anderen, als durchaus gut erwägen. In der Neujahrsnacht sollen sie ihm die Differenzen zwischen dem Gehalt als Nachwachter und dem als einmaliger Gemeindefunktionsbeamter ordentlich eingehemholt haben.

Wittorf. Warnung vor einem Schwindler. Hier treibt seit einigen Tagen ein Schwindler sein Unwesen. Derselbe macht Bekantheit durch ein Verlangen, er habe zu verkaufen ein sehr schönes Ebenholz für 300 Mark. Gewöhnlich lautet der Schied auf den Namen irgendeiner Industriefirma.

Namjn. Bald ist's Zeit die 12! Pastor Ghe, Folsch, wird gebeten, nun nicht den Kappertklopp von einer Turmorgel wegzunehmen, denn sie macht mit ihrem Glödenklang das ganze Dorf erzittern. Statt 12 schlägt sie 9 und viermal hintereinander 7 Uhr. So geht es Tag für Tag, es schreit und schreit, daß die 12, die 9 haben gegen die Uhr nicht, wenn sie richtig funktioniert und niemand irritiert.

Wittenberg. Der Magen kann nurren, wenn nur die Glocken klingen. Das Gelächter der Schlockfische soll demnach ein gutes Glied erwidern, wenn die im Jahre in Folge der Metallbeschlagsnahme abgeben werden müssen.

14000 Grippeerkrankungen in Stettin

Stettin, 29. Januar. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Herze waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14000 Grippeerkrankungen ärztlicher Behandlung. Dazu dürfte noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfasst, waren nur etwa 600 als schwer anzurechnen. Lediglich sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Wie man bei einer Anzahl von 50 Prozent Schwerekrankten von solchen sprechen kann, zeigt, daß diese Kreise sich auf schon an dreifelhäftigen Ausdehnungen der Seuchen langsam gewöhnen. Und wenn hieron Teilweise jugrunde geben, wird man bald darüber berichten. „Es ist nicht so schlimm!“

Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Vor überfülltem Saal veränderte der Gerichtshof am 8. 10. abends das Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Fabrikant erhielt 3 Jahre Gefängnis, Arbeiter 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Buskap 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Heims 7 Jahre Gefängnis, Halle 4 Jahre 6 Monate Gefängnis. Den Angeklagten Harms und Basse wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Die Verhaftung des frankfurter Juwelerschwenders. Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juwelers Großbrenn in Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Verhaftete Schutzhelfer, der auf Grund von Sonderbefehlsgewalt nach verhaftet wird, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verdachtes beschwerte. Im Saale des Schulhofes wurden blutige Kleider und Wäsche, vorgefunden. Ein Gefängnis hat Schutzhelfer noch nicht abgelegt.

Aus der weiteren Umgebung

Hessau. Herabgeleitet Volksgelände. In Hünfeldern der bisherigen Reichsregierung hat die anhaltische Regierung mit der Absicht die Wirksamkeit der Polizeibehörden für Gasse und Schantbaritäten an Sonnenbänden und an den Vorarbeiten von staatlich anerkannten Feiertagen auf 2 Uhr statt bis 3 Uhr nachts eingelegt.

Weung. Mutige Messerschere. In der Nikolaistraße gerieten zwei junge Leute, die ein junges Mädchen nach Hilfe drängen, um dieses in Streich, wobei der jüngere der älteren durch mehrere Stiche in den Oberarm und in den Darm schwerer verletzte. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wobei, wo er noch in Lebensgefahr schwelgt. Der Täter wurde verhaftet.

Stettin. 29. Januar. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Herze waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14000 Grippeerkrankungen ärztlicher Behandlung. Dazu dürfte noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfasst, waren nur etwa 600 als schwer anzurechnen. Lediglich sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Wie man bei einer Anzahl von 50 Prozent Schwerekrankten von solchen sprechen kann, zeigt, daß diese Kreise sich auf schon an dreifelhäftigen Ausdehnungen der Seuchen langsam gewöhnen. Und wenn hieron Teilweise jugrunde geben, wird man bald darüber berichten. „Es ist nicht so schlimm!“

Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Vor überfülltem Saal veränderte der Gerichtshof am 8. 10. abends das Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Fabrikant erhielt 3 Jahre Gefängnis, Arbeiter 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Buskap 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Heims 7 Jahre Gefängnis, Halle 4 Jahre 6 Monate Gefängnis. Den Angeklagten Harms und Basse wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Die Verhaftung des frankfurter Juwelerschwenders. Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juwelers Großbrenn in Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Verhaftete Schutzhelfer, der auf Grund von Sonderbefehlsgewalt nach verhaftet wird, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verdachtes beschwerte. Im Saale des Schulhofes wurden blutige Kleider und Wäsche, vorgefunden. Ein Gefängnis hat Schutzhelfer noch nicht abgelegt.

Neues aus aller Welt

„Prinz“ und Hofbäder

„Mein Prinz darf nichts entnehmen“

Amüsante Einzelheiten über das „Jahnmessing“ zwischen Prinz Domela und dem „Hofbadermeister“ Arno Schmidt werden von uns Weimar mitgeteilt.

Der „Prinz“, der ein feines Gefühl dafür hatte, daß die wohlhabenden Bürgerlichen zu hoch für ihn seien, hat beim Hofbadermeister den Weimarer „Fürstentümer“ gegenüber kühnlich den Wunsch, auch mal mit Beirathen des „besseren Bürgerturns“ befallen zu werden. Gerade in diesem Augenblick betrat ein stattlicher Herr, angeht mit Pelzmantel und grünem Hütkchen mit Dopschiffchen den Hof. Das war der in ganz Weimar als wohlhabend bekannte „Hofbadermeister“. Der „Bürger“ war gelinden. Der Herr flüsterte ihm den Namen des erlauchten Galtes ins Ohr, und Schmidt klappte erinnernd zusammen. Tief war sein Hofbildung; Schmidt kannte so etwas von früher her. Domela jedoch geringere, so daß die Hofman, gedachte Schmidt mit gnädigster Güte Besorgensfreiheit, gelächelt ihm an seinem Hof Hof zu nehmen und „so“ ihm ins Gespräch. Da Schmidt im Grunde keineswegs ein gewöhnliches Weimarer Original darstellte, wurde die Stimmung bald gemühtlich, und ein Gespräch nach dem anderen begann freudig gegen die Zeit.

Zwischen beiden Hofbädern entpinn sich dann — wie im Heine-Jahn Gedicht — ein räuberischer Wettstreit um die Verhütung der Jede. Der gar nicht dumme „Prinz“ pflegte seine Opfer sicher

Stettin. 29. Januar. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Herze waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14000 Grippeerkrankungen ärztlicher Behandlung. Dazu dürfte noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfasst, waren nur etwa 600 als schwer anzurechnen. Lediglich sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Wie man bei einer Anzahl von 50 Prozent Schwerekrankten von solchen sprechen kann, zeigt, daß diese Kreise sich auf schon an dreifelhäftigen Ausdehnungen der Seuchen langsam gewöhnen. Und wenn hieron Teilweise jugrunde geben, wird man bald darüber berichten. „Es ist nicht so schlimm!“

Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Vor überfülltem Saal veränderte der Gerichtshof am 8. 10. abends das Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Fabrikant erhielt 3 Jahre Gefängnis, Arbeiter 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Buskap 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Heims 7 Jahre Gefängnis, Halle 4 Jahre 6 Monate Gefängnis. Den Angeklagten Harms und Basse wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Die Verhaftung des frankfurter Juwelerschwenders. Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juwelers Großbrenn in Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Verhaftete Schutzhelfer, der auf Grund von Sonderbefehlsgewalt nach verhaftet wird, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verdachtes beschwerte. Im Saale des Schulhofes wurden blutige Kleider und Wäsche, vorgefunden. Ein Gefängnis hat Schutzhelfer noch nicht abgelegt.

Stettin. 29. Januar. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Herze waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14000 Grippeerkrankungen ärztlicher Behandlung. Dazu dürfte noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfasst, waren nur etwa 600 als schwer anzurechnen. Lediglich sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Wie man bei einer Anzahl von 50 Prozent Schwerekrankten von solchen sprechen kann, zeigt, daß diese Kreise sich auf schon an dreifelhäftigen Ausdehnungen der Seuchen langsam gewöhnen. Und wenn hieron Teilweise jugrunde geben, wird man bald darüber berichten. „Es ist nicht so schlimm!“

Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Vor überfülltem Saal veränderte der Gerichtshof am 8. 10. abends das Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Fabrikant erhielt 3 Jahre Gefängnis, Arbeiter 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Buskap 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Heims 7 Jahre Gefängnis, Halle 4 Jahre 6 Monate Gefängnis. Den Angeklagten Harms und Basse wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Die Verhaftung des frankfurter Juwelerschwenders. Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juwelers Großbrenn in Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Verhaftete Schutzhelfer, der auf Grund von Sonderbefehlsgewalt nach verhaftet wird, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verdachtes beschwerte. Im Saale des Schulhofes wurden blutige Kleider und Wäsche, vorgefunden. Ein Gefängnis hat Schutzhelfer noch nicht abgelegt.

Stettin. 29. Januar. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Herze waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14000 Grippeerkrankungen ärztlicher Behandlung. Dazu dürfte noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfasst, waren nur etwa 600 als schwer anzurechnen. Lediglich sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Wie man bei einer Anzahl von 50 Prozent Schwerekrankten von solchen sprechen kann, zeigt, daß diese Kreise sich auf schon an dreifelhäftigen Ausdehnungen der Seuchen langsam gewöhnen. Und wenn hieron Teilweise jugrunde geben, wird man bald darüber berichten. „Es ist nicht so schlimm!“

Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Vor überfülltem Saal veränderte der Gerichtshof am 8. 10. abends das Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Fabrikant erhielt 3 Jahre Gefängnis, Arbeiter 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Buskap 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Heims 7 Jahre Gefängnis, Halle 4 Jahre 6 Monate Gefängnis. Den Angeklagten Harms und Basse wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Die Verhaftung des frankfurter Juwelerschwenders. Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juwelers Großbrenn in Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Verhaftete Schutzhelfer, der auf Grund von Sonderbefehlsgewalt nach verhaftet wird, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verdachtes beschwerte. Im Saale des Schulhofes wurden blutige Kleider und Wäsche, vorgefunden. Ein Gefängnis hat Schutzhelfer noch nicht abgelegt.

Stettin. 29. Januar. Nach einer Statistik des Vereins Stettiner Herze waren bis zum 27. Januar in Stettin rund 14000 Grippeerkrankungen ärztlicher Behandlung. Dazu dürfte noch viele Fälle kommen, die sich der ärztlichen Kontrolle entziehen. Von den in ärztlicher Behandlung befindlichen Fällen, die die Statistik erfasst, waren nur etwa 600 als schwer anzurechnen. Lediglich sind verhältnismäßig selten. Die Epidemie scheint gegenwärtig im Abflauen begriffen zu sein.

Wie man bei einer Anzahl von 50 Prozent Schwerekrankten von solchen sprechen kann, zeigt, daß diese Kreise sich auf schon an dreifelhäftigen Ausdehnungen der Seuchen langsam gewöhnen. Und wenn hieron Teilweise jugrunde geben, wird man bald darüber berichten. „Es ist nicht so schlimm!“

Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Vor überfülltem Saal veränderte der Gerichtshof am 8. 10. abends das Urteil im Segeberger Brandstiftungsprozess. Fabrikant erhielt 3 Jahre Gefängnis, Arbeiter 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Buskap 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, Heims 7 Jahre Gefängnis, Halle 4 Jahre 6 Monate Gefängnis. Den Angeklagten Harms und Basse wurden außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Die Verhaftung des frankfurter Juwelerschwenders. Zu der Verhaftung des mutmaßlichen Mörders des Juwelers Großbrenn in Frankfurt a. M. erfahren wir, daß der Verhaftete Schutzhelfer, der auf Grund von Sonderbefehlsgewalt nach verhaftet wird, festgenommen wurde, als er sich bei der Kriminalpolizei wegen dieses Verdachtes beschwerte. Im Saale des Schulhofes wurden blutige Kleider und Wäsche, vorgefunden. Ein Gefängnis hat Schutzhelfer noch nicht abgelegt.

Reservatortlich: Ulrich Gaba, Halle a. S., für den rechtsaltenden Teil für den Verlag und Anzeigenamt: 814 Korb, Halle, Vertriebsstraße 14.



Abrechnung mit Bildung

Gestern hielt im 'Volkspart' zu Halle vor dem Bezirksport...

Das ist die heutige Arbeiterportbewegung nicht!

In lauslicher Form, mit zahlreichem konkretem Beweismaterial...

Der Reichs-Arbeiterport findet am 26. Juni 1927...

Wir sind der Ansicht, daß sich die kleinen Ortsstellen mit den...

Anhänger des Arbeitersportes

referiert Euch Sonntag, den 6. Februar 1927, für die...

Große Borverankaltung Sportvereinigung 'Achilles' gegen Sportklub 'Adler von 1895'

(Halle); Schriftführer: Renker (Eilenburg); Kassierer: Krause...

Der Antrag des Kartells Müllers, Radfahrer hatten herzu...

Ein ausführlicher Bericht folgt am Mittwoch. Da er für die...

Fußball

Spiele und Kulturverleih Westfalens. Montag, 31. Januar, abends 8 Uhr...

Fortuna-Dläu Kreismeister

Ein 5:0-Sieg über Vater-Braunshweig

Eine flutende Zahl Zuschauer war Zeuge des Kreismeisterschafts...

Um die Kreismeisterschaft. Table with columns for teams and scores.

Handball

Düßelo 2. - Domäne 1. 1:1. Düßelo Schüler - Giebelsberg Schüler 8:0.

Spieler für Sonntag, 6. Februar. 1. Klasse. Riß, Schmidt, Sportklub...

2. Klasse. Riß, Schmidt, Sportklub. Düßelo 2. - Domäne 2. 1:1.

Zurner

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe, Spielrunde. Sonntag, 6. Februar, vorm. 9 Uhr...

Stach

Der Arbeiter-Sportklub Halle hatte am gestrigen Sonntag einflüßig...

Bereinsmitteilungen

Arbeiter-Turn- und Sportverein Diemitz (Fußball Abteilung). Folgende Mitglieder...

Schuhreparaturen

Herrenschuh (Stromschuh) 2,50 Mk. Damenschuh (Stromschuh) 2,20 Mk.

Zement

Von Feder Gladlow. Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik...

— Wo las, Genosse Vegetarier. Und der Genosse Vegetarier sah erschrocken einige Male dem...

leis — eheilige Pflichten: gemeinsames Bett und schmutzige...

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH., Halle, Leutenbergstraße 14). Anzeigenpreis: 18 Pfennig für den Zehnmillimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Resthöhe im Textteil. Anzeigensätze zu richten nach Halle Leutenbergstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Redaktion: Kommando- u. Verlags-Büro Halle. Postfachnummer: Leipzig 1055 65 Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 31. Januar 1927

7. Jahrgang * Nr. 26

Der Bürgerblut in Thüringen geschlagen!

Die Landtagswahlen in Thüringen: Kampfanlage der Werktätigen an die Bürgerblutregierung — SPD.-Stimmzahl übertrifft Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924

Die Ergebnisse der Thüringer Landtagswahl

	SPD.	DDP.	Ordnungs- blut	Völkische	Demokraten	Wirtschafts- partei	AWG.
Landtagswahl Februar 1924	162 114	203 308	420 832	81 766	—	—	—
Reichstagswahl 4. Mai 1924	127 544	198 844	360 221	84 364	35 686	—	—
Reichstagswahl 7. Dezember 1924	107 803	250 364	377 825	44 556	43 118	—	—
Stadt- u. Kreisratswahlen 22. Feb. 1925	89 912	223 057	386 766	68 073	18 017	—	—
Reichspräsidentenwahl 29. März 1925	76 206	224 125	498 208	—	30 156	—	—
Landtagswahlen 30. Januar 1927	113 407	262 827	270 625	39 055*	26 531**)	75 500	3 874***)

*) Völkische und Nationalsozialisten. **) Später eingetroffen. ***) Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, Gruppe Götting.

(Eig. Drahtm.) Jena, 31. Januar.

Das MRB schreibt zu dem Stimmenergebnis von gestern: „Danach würden sich die Mandate in folgender Weise verteilen:

- Einheitsliste 19,
 - Sozialdemokraten 18,
 - Kommunisten 8,
 - Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 0,
 - Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2,
 - Deutschnationale wahrheitsgemäß 1 (jedoch noch unklar),
 - Demokraten 2
 - Wirtschaftspartei 5.
- Somit ergeben sich daraus 56 Sitze.“

Die Wahlbeteiligung hielt sich zwischen 68 und 83 Prozent. Der Ausgang der Wahl beweist, daß der Ordnungsbund in Thüringen die Mehrheit, die er im Februar 1925 dank der Diffidatur der Reichswehrgeneralen erhalten hat, vollkommen verloren hat. Der Ordnungsbund in Thüringen ist auf der ganzen Linie geschlagen und seine Regierung ist auf Grund des Wahlergebnisses gezwungen, zurückzutreten. Die Wahl in Thüringen zeichnet sich aus insbesondere durch die Massenabwanderung des thüringischen Kleinbürgerturns und der Kleinbauernschaft von den alten bürgerlichen Parteien. Die Völkischen sind in dem Wahlkampf vollständig geschlagen worden. Die Demokraten haben dank der Klug- und Geistespolitik ihrer Partei ebenfalls eine vernichtende Niederlage erlitten. Es zeigt sich, daß die gesamte bürgerliche Front infolge der Schwächung des Kleinbürgerturns und der Kleinbauernschaft ins Wanken geraten ist. In der gegenwärtigen durch die Wahl geschaffenen parlamentarischen Lage besteht die Gefahr, daß die SPD. auf eine Koalitionsregierung in Thüringen hinbewirkt. Die SPD. hat bereits während des Wahlkampfes alle politischen Forderungen in den Hintergrund gestellt, hat öffentlich Buße getan für die Teilnahme an der Fürtenteneignungskampagne und hat überall dort, wo unsere Genossen die Frage der Koalitionspolitik aufwarfen, die Koalitionspolitik verteidigt. Es ist nach den Versicherungen maßgebender Thüringer SPD.-Führer zu erwarten, daß die SPD. nunmehr an die bürgerlichen Parteien bis zum Landbund herantritt und darauf hinwirken wird, daß eine Koalitionsregierung gebildet wird.

Die SPD. wird versuchen, aus den Thüringer Landtagswahlen für sich einen großen Sieg zu konstatieren. Sie wird das tun, indem sie die Landtagswahlen vom Februar 1924 zu Hilfe nimmt, wo die SPD. bis jetzt eine noch nie erlittene Niederlage zu verzeichnen hatte, die Kommunisten dagegen den besten Erfolg, der je gefestigt worden ist. Die wirtlichen Vergleichsmomente liegen bei der Wahl vom 7. Dezember 1924. Die kommunistische Partei hat 6000 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember gewonnen, die Sozialdemokratische Partei 12 000 Stimmen. Das ist prozentual gesehen ein gleichartiger Gewinn, da die SPD. als Partei doppelt so stark ist wie die SPD. Das, was bereits die fähigsten und die höchsten Wähler erhärtet haben, wiederholt sich in Thüringen. Die kommunistische Partei hat ihre Positionen über den 7. Dezember hinaus erweitert und nähert sich den Positionen der Reichstagswahlen vom 4. Mai, die den Kommunisten 62 Reichstagsmandate brachte. Der Rückgang der Zahl der kommunistischen Mandate in Thüringischen Landtag vom 2 auf 8 erklärt sich aus dem vorhin aufgeführten Grunde,

ferner aus der geringeren Abgeordnetenwahl (72 auf 56) und zuletzt aus der Wahlbeteiligung, die im Vergleich zum



Wahlkampf in Thüringen die Mehrheit, die er im Februar 1925 dank der Diffidatur der Reichswehrgeneralen erhalten hat, vollkommen verloren hat. Der Ordnungsbund in Thüringen ist auf der ganzen Linie geschlagen und seine Regierung ist auf Grund des Wahlergebnisses gezwungen, zurückzutreten. Die Wahl in Thüringen zeichnet sich aus insbesondere durch die Massenabwanderung des thüringischen Kleinbürgerturns und der Kleinbauernschaft von den alten bürgerlichen Parteien. Die Völkischen sind in dem Wahlkampf vollständig geschlagen worden. Die Demokraten haben dank der Klug- und Geistespolitik ihrer Partei ebenfalls eine vernichtende Niederlage erlitten. Es zeigt sich, daß die gesamte bürgerliche Front infolge der Schwächung des Kleinbürgerturns und der Kleinbauernschaft ins Wanken geraten ist. In der gegenwärtigen durch die Wahl geschaffenen parlamentarischen Lage besteht die Gefahr, daß die SPD. auf eine Koalitionsregierung in Thüringen hinbewirkt. Die SPD. hat bereits während des Wahlkampfes alle politischen Forderungen in den Hintergrund gestellt, hat öffentlich Buße getan für die Teilnahme an der Fürtenteneignungskampagne und hat überall dort, wo unsere Genossen die Frage der Koalitionspolitik aufwarfen, die Koalitionspolitik verteidigt. Es ist nach den Versicherungen maßgebender Thüringer SPD.-Führer zu erwarten, daß die SPD. nunmehr an die bürgerlichen Parteien bis zum Landbund herantritt und darauf hinwirken wird, daß eine Koalitionsregierung gebildet wird.

„Nieder mit Marx und Hindenburg!“ „Nieder mit Schand und Schmutz!“

wieder aufleben zu lassen und damit auch den Bürgerblut im Reich zu stärken und zu unterstützen. Die kommunistische Partei fordert in Thüringen auf, die Front aller Werktätigen aufzurufen gegen die Koalitionspolitik der SPD.-Führer und die breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung zusammenzuführen auf der Grundlage der Forderungen, die von der kommunistischen Partei im Wahlkampf erhoben worden sind.

SPD. demonstriert gegen Bürgerblut

(Eig. Drahtm.) Berlin, 31. Januar.

Die geistige Massendemonstration im „Luisenpark“, zu der die SPD., der Reichsausschuß der Werktätigen, der Rote Frontkämpferbund, der RFB, und der RFD. aufgerufen hatten, war eine Kampfdemonstration gegen den Bürgerblut und ihre sozialdemokratischen Wegbereiter. Die Demonstration war erfüllt von stän- dem Kampfsinn. Die Redner wurden immer wieder von übersinnlicher Zustimmung unterbrochen, vor allem, als sie die verächtliche Rolle der sozialdemokratischen Führer brandmarkten. Der sozialdemokratische Reichspräsident Görgebel zeigte sich am gestrigen Tage als eifriger Helfer des Bürgerbluts. Er gab ausgereichte provokatorische Anweisungen, die die größte Empörung bei allen Arbeitern auslöste. Auf Anweisung Görgebels wurden in prominentester Weise zahlreiche Plakate beschlagnahmt und zerstört. Sie trugen folgende Aufschriften: „Das Gespenst des Krieges geht um!“ „Nieder mit Marx und Hindenburg!“ „Nieder mit Schand und Schmutz!“

Wahlen des Bürgerbluts

Wahlen und kein Ende — Krach um Graef

Das Reichsministerium des Innern hat die Wahlbeteiligung in Thüringen auf 68,3 Prozent festgesetzt. Das ist ein Rückgang gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. Die SPD. hat bei den Wahlen in Thüringen einen großen Erfolg erzielt. Sie hat 113 407 Stimmen erhalten, was eine Steigerung gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 darstellt. Die SPD. hat bei den Wahlen in Thüringen einen großen Erfolg erzielt. Sie hat 113 407 Stimmen erhalten, was eine Steigerung gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 darstellt.

Das Ergebnis war eine klägliche Niederlage der neuen Regierungsparteien des Reiches. Die Träger des Bürgerbluts, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben die größten Verluste zu verzeichnen. Im Reichsausschuß wurde das Urteil zweifelslos in noch härteren Maße gegen den Bürgerblut ausfallen. Diese Regierung müßte, wenn noch eine Spur der bürgerlichen Demokratie in Deutschland vorhanden wäre, abdanken, bevor sie angefangen hat, zu amieren. Die arbeitenden Massen müßten aber aus den Thüringer Wahlen die Lehre ziehen, daß die Agitation für die Neuwahlen hinfällig ist. Die Auflösung des Reichstages mit veränderter Kraft fortgesetzt werden muß. Sicher werden innerhalb des kapitalistischen Systems nicht die Wahlen den Ausgang des Klassenkampfes entscheiden; aber eine Niederlage der Bourgeoisie erleichtert das Ansehen der führenden Parteien der Reaktion und erlaubt ihnen nicht, ihre Kräfte gegen die Arbeiterfront so zu konzentrieren, wie dies möglich ist, wenn sie sich schonbar auf eine parlamentarische Mehrheit berufen können. Deshalb ergeht an die arbeitenden Massen immer wieder der Ruf:

„Anfänger des Reichstages, Neuwahlen!
Wie lange werden wir diese Politik wiederholen? So lange, bis sie nicht in die Lat umgekehrt wird!“

Die schon ihren Voten haben

Berlin, 29. Januar.

Amlich wird gemeldet: Der Herr Reichspräsident hat den bisherigen Reichsminister Dr. Marx in seinem Amte als Reichsminister befristet, auf dessen Vorschlag den Reichsminister des Innern Dr. Stresemann, den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, den Reichsminister Dr. Gessler sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius in ihren bisherigen Ämtern bestätigt und den badischen Staatspräsidenten und Finanzminister Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister a. D. Schiele, M. d. R., zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, den Bebauungsminister Dr. Koch, M. d. R., zum Reichsvereinsminister und den Staatssekretär Dr. Schäffl zum Reichsoptimistern ernannt. Mit der Abgabe der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete hat der Herr Reichspräsident den Reichsminister Dr. Marx beauftragt. Die Ernennung der Reichsminister der Justiz und des Innern hat der Herr Reichspräsident mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossenen letzten Verhandlungen bis Montag abend ausgesetzt.